

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2023



Aufruf: Gerd Bierwirth sucht ehemaligen Westberliner Fluchthelfer

Überall dort, wo noch ein Lenin-Standbild steht...

Der 23. August 1939 und der Hitler-Stalin-Pakt

Freiheit ist immer Freiheit...

Inhalt

Aktuell

- 3 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden
Beratung für Opfer von SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt
- 4 Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Veranstaltungen Deutsche Gesellschaft e.V. Berlin
Die Revolution von 1848/49 als soziale Revolution...
- 6 Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Aufarbeitung

- 6 Der Kampf um eine Peter Fechter Straße in Berlin
- 7 „Auf dem rechten Auge blind...“
Die Symbole der SED-Diktatur: Volksaufstand und Mauer
- 8 Überall dort, wo noch ein Lenin-Standbild steht...
- 9 Vor 55 Jahren: Sowjetische Panzer walzen
den „Prager Frühling“ in der Tschechoslowakei nieder
- 10 Die Aufarbeitung der Aufarbeitung
Gedenken an Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus
Checkpoint Charlie

Recht

- 11 Kammergericht Berlin:
Bedingungen im Jugendhaus rehabilitierungsrelevant

Berichte

- 12 „Sächsische Verfassungsmedaille“ und Ehrenabzeichen
mit Goldkranz der VOS-Sachsen an Holker Thierfeld
- 13 47. Todestag von Oskar Brüsewitz

International

- 13 Verfolgung der Täter vom Eisernen Vorhang
in der ehemaligen Tschechoslowakei
- 14 Petition für den Erhalt der Gedenkstätte
des Pitesti-Gefängnisses in Rumänien
Deportationen. Ein literarischer Blickwinkel

Geschichte

- 15 Der deutsch- deutsche Grundlagenvertrag 1972
- 16 Der 23. August 1939 und der Hitler-Stalin-Pakt
- 17 Das Sykes-Picot-Abkommen 1916

Verbände

- 19 2. Häftlingstreffen in der Gedenkbibliothek
zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V. (ARE) informiert
- 20 34. Bautzen-Forum
Gedenktafel „Letzte Adresse“
- 21 Nachruf auf Lothar Scholz

Service/Bücher

- 22 Freiheit ist immer Freiheit...
Wolf Biermann – Lyriker und Liedermacher in Deutschland
- 23 Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie
Aufruf: Gerd Bierwirth sucht ehemaligen
Westberliner Fluchthelfer
Zeitzeugen für MDR-Podcast-Projekt gesucht

Umschlagbild

*Umschlagbild: Freiheit! „So wie die Freiheit eine Voraussetzung für die Demokratie ist, so schafft mehr Demokratie erst den Raum, in dem Freiheit praktiziert werden kann. Willy Brandt, ehemaliger Deutscher Bundeskanzler.
Foto: Henning Pietzsch*

Editorial

Es wird grundsätzlich

Die Gedenkstättenstiftung des Landes Brandenburg hatte kürzlich dem Förderverein der Gedenkstätte Leistikowstrasse in Potsdam schriftlich untersagt, wie sonst in jedem Jahr am 23. August (Hitler-Stalin-Pakt) eine Gedenkveranstaltung zum Gedenken an die Opfer der Sowjets abzuhalten. Stattdessen soll jeweils am 15. August ein Treffen der ersten Häftlinge der Leistikowstrasse in Potsdam stattfinden.

Am 23. August dieses Jahres musste die Gedenkveranstaltung deshalb außerhalb der Gedenkstätte stattfinden. Hauptrednerin war die Botschafterin von Litauen. Mit dabei waren noch drei weitere Botschafter. Nicht dabei waren Vertreter der Landesregierung und der Gedenkstättenstiftung. Peinlich!

Was ist der Hintergrund?

Der 23. August ist der Europäische Gedenktag für die Opfer von Nationalsozialismus und Kommunismus. So in seltener Einmütigkeit vom Europaparlament beschlossen. Nun ist es leider so, dass es in Deutschland eine einflussreiche Lobby gibt, die die Erwähnung dieser beiden Diktaturen in einem Atemzug für politisch nicht korrekt halten. Wir sind weit davon entfernt, die Verbrechen der Nationalsozialisten mit denen der Kommunisten gleichzusetzen. Warum sich Brandenburg außerhalb des europäischen Gedenkens bewegt, ist rätselhaft? Wohl

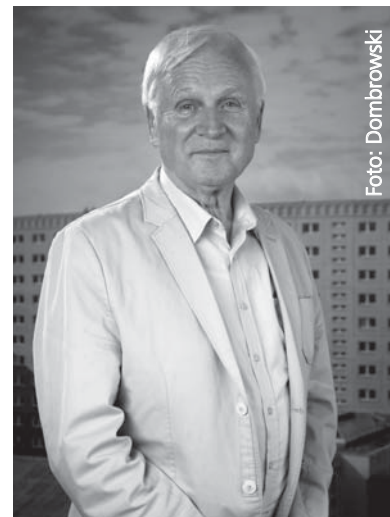


Foto: Dombrowski

eher nicht! Im Hintergrund geht es wohl um die Sorge, Russland zu nahe zu treten, da die Sowjetunion für den Sieg über Nazideutschland einen hohen Blutzoll geleistet hat. Müssen wir deshalb über die Verbrechen der Sowjets vornehm hinwegsehen? Soll die Kumpanei von Hitler und Stalin deshalb nicht thematisiert werden? Bekommen die Rußlandverstehler trotz des Überfalls der Russen auf die Ukraine wieder Oberwasser?

Wir sind gut beraten, uns an die Seite der Staaten und der Menschen zu stellen, die ihre eigenen Erfahrungen mit den kommunistischen Machthabern gemacht haben. Bleiben Sie gesund und aufrecht!

Ihr Dieter Dombrowski

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

Mittwoch, 04. Oktober 2023,

Bürgerberatung 13.00–17.00 Uhr

Dienstag, 10. Oktober 2023,

Bürgerberatung 13.00–17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen

Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Grüner Weg 5, 18055 Rostock

(Angebote in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Dienstag, 10. Oktober 2023,

Ausstellungseröffnung 13.00–17.00 Uhr

Zersetzung. Repressionsmethode des

DDR-Staatssicherheitsdienstes

Haus des Gastes, Neue Strandstraße 30, 17454 Zinnowitz

(Angebot in Kooperation mit der Kurverwaltung Zinnowitz)

Mittwoch, 11. Oktober – Donnerstag, 23. November 2023

Ausstellung Zersetzung. Repressionsmethode

des DDR-Staatssicherheitsdienstes

11.10.–31.10. Montag–Freitag 09.00–18.00 Uhr

Samstag, Sonntag 10.00–15.00 Uhr

01.11.–23.11. Montag–Freitag 09.00–16.00 Uhr,

Samstag, Sonntag 10.00–15.00 Uhr

Eine Ausstellung der Denkstätte Teehaus Trebbow e.V.

Haus des Gastes, Neue Strandstraße 30, 17454 Zinnowitz

Dienstag, 17. Oktober 2023, 19.00 Uhr

Vortrag und Gespräch: Zersetzung. Repressionsmethode

des DDR-Staatssicherheitsdienstes

Referentin: Dr. Sandra Pingel-Schliemann

(Politikwissenschaftlerin)

Moderation: Dr. Volker Höffer

(Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

Haus des Gastes, Neue Strandstraße 30, 17454 Zinnowitz

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

Straße der Demokratie 2

18196 Waldeck/Dummerstorf

Tel.: 038208 826 1323

E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de

Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden

Besuchertage mit Archivführungen:

Termine September–Dezember 2023

28.09.2023, 16:00 Uhr Angebot „Stasi-Akten entdecken“

16.30 Uhr Archivführung

26.10.2023, 16.30 Uhr Archivführung

30.11.2023, 16.30 Uhr Archivführung

14.12.2023, 16.00 Uhr Angebot „Stasi-Akten entdecken“,

16.30 Uhr Archivführung

Archivführungen für Seniorinnen und Senioren

am 07.11.2023 | 10.00 Uhr, barrierefreier Rundgang

mit Sitzmöglichkeiten.

VERANSTALTUNGEN

10.09.2023, 10.00 Uhr: Rundgang „Die Topographie der Sicherheit“

über das ehemalige Areal der Staatssicherheit am Elbhof mit

Heiko Neumann (Historiker) | Treffpunkt: Eingang Gedenkstätte

Bautzner Straße Dresden

16.09.2023, 10.00 Uhr:

Rundgang Operativer Vorgang (OV) „Sadist“

zu Orten der NS-Verbrechen in Dresden

mit Madlen Richter (Bundesarchiv)

26.10.2023, 18.00 Uhr:

Zwischen Schicksalsaufklärung und Familiengeschichte. Personenbezogene Auskünfte zum Ersten und Zweiten Weltkrieg mit Dr. Gunnar Wendt (BArch, WAST)

Um Anmeldung zu den Archivführungen wird

unter Tel. 0351 2508-3411 oder per E-Mail:

dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de gebeten.

Alle Angebote sind kostenfrei.

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden

Riesaer Str. 7 D, 01129 Dresden, Tel.: (0351) 2508-3411

E-Mail: dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Internet: www.bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



Beratung für Opfer von SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt

In der Landeshauptstadt Magdeburg bietet die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur regelmäßig dienstags in den Räumen der Behörde am Schleinufer 12 in 39104 Magdeburg Beratungen an.

Termine: 05.09., 12.09., 19.09. und 26.09.2023 von 14 bis 17 Uhr

Anmeldung unter Telefon: 0391 / 5 60-15 05 oder E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de erforderlich.

Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“

Veranstaltungen zum Herbst '89 im Jahr 2023

22.09. Freitag | 19.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, ehemaliger Stasi-Kinosaal
„Keine Gewalt! – ÜberWunden“
Lesung und Konzert mit dem Autor Gerhard Bause und dem Sänger Stephan Krawczyk in unmittelbarer Nähe zum Tag der ersten Montagsdemonstration um den Leipziger Innenstadtring 1989

02.10. Montag | 19.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, ehemaliger Stasi-Kinosaal
„Honeckers unheimlicher Plan“ und „Der Fall X - Wie die DDR West-Berlin erobern wollte“, Filmvorführung und Gespräch

03.10. Dienstag | 11.00 und 14.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“
„Von der Stasirepression zur Deutschen Einheit“, Führungen durch die Historische Ausstellung „Stasi – Macht und Banalität“ und die Ausstellung „Die Friedliche Revolution in Leipzig“

03.10. Dienstag | 11.00 und 14.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“
„Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“, Stadtrundgang, Treff: Haupteingang Nikolaikirche

03.10. Dienstag | 16.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“
„Stasi intern“ – Hinter den Kulissen der „Runden Ecke“, Besonderer Rundgang durch den Gebäudekomplex der ehemaligen Stasi-Zentrale: Vom Keller bis zum Dachboden gibt es Einblicke in die verbunkerten Schutzräume, die hauseigene Poliklinik, die Kegelbahn oder Räume der Aktenvernichtung

03.10. Dienstag | 19.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, ehemaliger Stasi-Kinosaal
„Der Ballon“. Filmvorführung, Eintritt frei

03. bis 08.10. Dienstag bis Sonntag | jeweils 19.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, ehemaliger Stasi-Kinosaal
Herbst-Filmtage der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Filmwoche. Das konkrete Programm finden Sie unter www.runde-ecke-leipzig.de, Eintritt frei

05.10. Donnerstag | 08.30 bis 11.00 Uhr und 11.30 bis 14.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“
„Fritzi – eine Wendewundergeschichte“, Film und Gespräch im ehemaligen Stasi-Kinosaal – Projekttag für Schulen, Eintritt: 2,00 Euro pro Person

09.10. Montag | 18.00 bis 24.00 Uhr | Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale (bei der Klinger-Treppe) Historische Aufnahmen der Montagsdemonstrationen. Projektion von historischem Filmmaterial am authentischen Ort. Eintritt frei

09.10. Montag | 19.00 bis 23.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ und Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig. Eintritt frei

14.10. Samstag | 10.00 bis 14.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“
„Jeder Mensch mit freiem Willen...“, „Gefängnisbriefe aus Belarus“, Studientag im ehemaligen Stasi-Kinosaal
Veranstalter: Evangelische Akademie Sachsen in Dresden in Kooperation mit der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ | Anmeldung über sabine.laake@evlks.de

16.10. Montag | 19.00 Uhr | Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, ehemaliger Stasi-Kinosaal
„Zwei Revolutionen - Vom gescheiterten Volksaufstand am 17. Juni 1953 zur Friedlichen Revolution am 09. Oktober 1989“, Filmvorführung und Gespräch. Eintritt frei

Rubrik: Ausstellungen, Stadtrundgänge, Führungen

Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution
Ganzjährig geöffnet | Montag-Freitag 10.00 bis 16.00 Uhr
Eintritt frei | Führungen kostenpflichtig

Stasi – Macht und Banalität
Ganzjährig geöffnet | täglich 10.00 bis 18.00 Uhr
Am 03. Oktober als kombinierte Führung | 11.00, 14.00 Uhr
Eintritt frei | Führungen kostenpflichtig

„Gwangju 1980“: Fotoausstellung zur Demokratiebewegung in Südkorea
Ganzjährig geöffnet | Montag–Freitag 10.00 bis 16.00 Uhr
Veranstalter: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ in Kooperation mit dem Korea Verband e.V. (Berlin) | Eintritt frei | Führungen kostenpflichtig

„Von der Burg zur Stasi-Zentrale“
Erinnerungen an den Leipziger Matthäikirchhof, Open-Air-Ausstellung
Ganzjährig geöffnet, Montag-Freitag 10.00 bis 16.00 Uhr
Eintritt frei | Führungen kostenpflichtig

„Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“
Treffpunkt Stadtrundgang: Hauptportal Nikolaikirche
Führungen ganzjährig samstags | 14.00 Uhr
sowie am 10. September | 11.00 Uhr
sowie am 16. September | 14.00 Uhr
sowie am 17. September | 11.00 Uhr
sowie am 03. Oktober | 11.00, 14.00 Uhr
sowie am 09. Oktober | 11.00 Uhr
Führungen kostenpflichtig

„Stasi intern“ – Hinter den Kulissen der „Runden Ecke“
Führungen ganzjährig samstags | 16.00 Uhr | sowie am 10. September | 11.00 bis 16.00 Uhr (stündlich) | sowie am 03. Oktober | 16.00 Uhr | Führungen kostenpflichtig

Rubrik Streams und Online-Angebote der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“

„Stasi-Zentrale – Erhalt oder Abriss?“
Zum Umgang mit einem schwierigen Ort – Podiumsdiskussion
Stream: https://www.youtube.com/watch?v=Uv9o1_2k70Y

Konzert mit Stephan Krawczyk
Stream: <https://www.youtube.com/watch?v=88VRiX4DH0I>

Gedenkveranstaltung zum 76. Jahrestag der Befreiung Leipzigs durch die US-Armee
Stream: https://www.youtube.com/watch?v=LHScnuZ_xpE

31. Jahrestages der Stasi-Besetzung in der „Runden Ecke“
Stream: <https://www.youtube.com/watch?v=A2mNQyM3-9Y>

Gedenkfeier für die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953
Stream: <https://www.youtube.com/watch?v=c2YXzKNURMM> 

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Nacht der offenen Tür zum

Lichtfest Leipzig am 09. Oktober

Zeit: Montag, 09. Oktober 2023, 19– 23 Uhr

Titel: Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

Programm: 20.00/21.30 Uhr:

Führung durch das Stasi-Unterlagen-Archiv

nonstop: Multimediainstallationen, Ausstellungen,

Musterakten, Beratung zur Antragstellung,

Filmvorführung: „Erich Loest – Durch das Leben ein Riss“

Vortrag

Termin: Samstag, 21. Oktober 2023, 14 Uhr

Titel: Spurensuche. Recherche nach Militärangehörigen beider

Weltkriege und weitere Familienforschung im Bundesarchiv

Referent: Dr. Gunnar Wendt, Bundesarchiv

Öffentliche Führung

Termin: Mittwoch, 25. Oktober 2023, 11 Uhr

Eine Anmeldung per Telefon unter 0341 22473211

oder per E-Mail an stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

wird empfohlen.

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi.

Die Geheimpolizei der DDR.

Wechselausstellungen

26. September bis 31. Dezember 2023

Titel: Die Stasi

Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in den Regionen

Dauer: 09. Januar bis 31. Dezember 2023

Titel: Leseland DDR

Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Stefan Wolle, 2022

Dauer: 19. April bis 31. Dezember 2023

Titel: 17. Juni kompakt. Der Volksaufstand in der DDR 1953

Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2023

Öffnungszeiten der Ausstellungen:

Montag–Freitag 08–18 Uhr

Samstag/Sonntag und feiertags 10–18 Uhr

Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Telefon: 0341 - 2247-3211; Fax: 0341 - 2247-3219

Internet: www.bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



Deutsche Gesellschaft e. V. Berlin

Diskussionsveranstaltung: „Demokratischer (Un-)Wille?“

Der Umgang mit antidemokratischem Protest“

Zeit: 10. Oktober 2023, 18:00 Uhr

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Kronenstr. 5, 10117 Berlin)

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Kronenstr. 5, 10117 Berlin)

Veranstalter: Deutschen Gesellschaft e. V., Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Deutsche Nationalstiftung, Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Mehr hier: <https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/diskussionsreihen/1653-2023-diskussionsreihe-mut-wut.html>

Diskussionsveranstaltung: „Unerhört!“

Vergessene Aufstände und marginalisierter Protest“

Zeit: 07. November 2023, 18:00 Uhr

Ort: Berliner Landeszentrale für politische Bildung (Hardenbergstr. 22–24, 10623 Berlin)

Deutsche Gesellschaft e. V.

Mauerstraße 83/84, D-10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 88 412 254

Internet: www.deutsche-gesellschaft-ev.de

Facebook: www.facebook.com/DtGesellschaft

Twitter: www.twitter.com/dtgesellschaft



Diskussionsveranstaltung:

„Herz auf der Straße: Protest und Emotion“

Zeit: 05. Dezember 2023, 18:00 Uhr

Die Revolution von 1848/49 als soziale Revolution...

Am 14. September um 18:30 Uhr findet in Berlin die Veranstaltung „Die Revolution von 1848/49 als soziale Revolution: Akteure, Handlungen, Erinnerungen“ statt.

Dr. Susanne Kitschun, Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen, beleuchten wir 1848/49 als soziale Revolution und zentralen Ort der Demokratiegeschichte.

Mit unseren Gästen Vincent Dold, Humboldt-Universität Berlin, Prof. em. Dr. Christian Jansen, Prof. Dr. Sabine Freitag, Otto-Friedrich-Universität Bamberg und

Ort: Konferenzsaal 1, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Anmeldung bis zum 11. September 2023 per E-Mail unter public.history@fes.de

an. Weitere Informationen zur Veranstaltung vor Ort finden Sie auf unserer Webseite:

www.fes.de/archiv-der-sozialen-demokratie | Twitter: @FESHstory

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Archiv der sozialen Demokratie
Referat Public History
53170 Bonn



Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Termine im September 2023

Öffentliche Führungen

Montag, Öffentliche Führung
11.09.2023, 14:00 Uhr

Montag, Öffentliche Führung
18.09.2023, 14:00 Uhr

Montag, Öffentliche Führung
25.09.2023, 14:00 Uhr

Veranstaltungen

Im Namen des Volkes – Die Akte H.
Szenische Aufführung,
Diskussion und Rundgangsmöglichkeit
29.09.2023, 15:00–16:30
01.10.2023, 11:00–12:30

In der DDR wegen „staatsfeindlicher Hetze“ verurteilt und inhaftiert, kämpft der ehemalige Häftling Hans-Jürgen Barth, geborener Hempel, um seine Rehabilitation. In einer dokumentarischen Aufführung spielen Barth und der Schauspieler Marcus Born Szenen einer Gerichtsverhandlung nach, in der es darum geht, nach heutigem Recht die Unschuld des damaligen Häftlings zu belegen. Die Aufführung beruht auf Tatsachen, sie wird mit Dokumenten belegt und die Besucherinnen und Besucher werden in die Aufführung einbezogen. Das Publikum wird gemeinsam mit dem Gericht über die Rehabilitation des in der DDR wegen „staatsfeindlicher

Hetze“ verurteilten und inhaftierten Hans-Jürgen H. diskutieren und befinden.

Vor und nach der Aufführung besteht die Gelegenheit zum kostenlosen Besuch der Gedenkstätte.

Eintritt: 10 € (keine Ermäßigung). Im Eintritt inbegriffen ist der Eintritt in die Gedenkstätte vor und nach der Aufführung.

Ort: Gedenkstätte
Bautzner Straße Dresden
Bautzner Straße 112a, 01099 Dresden
Telefon: +49 351 899 60 442
Internet: www.stasihaft-dresden.de 

Der Kampf um eine Peter-Fechter-Straße in Berlin

Am 17. August 1962 verblutete der damals 18-jährige Peter Fechter buchstäblich unter den Augen der Weltöffentlichkeit unmittelbar vor der trennenden Mauer in der Kreuzberger Zimmerstraße nahe dem alliierten Grenzübergang Checkpoint Charlie.


Im Bundesland Nordrhein-Westfalen gibt es in Warstein eine Peter-Fechter-Straße, in Monheim am Rhein einen Peter-Fechter-Weg. Auch in Sinntal in Hessen gibt es einen Peter-Fechter-Weg; in Trittau/Schleswig Holstein, in Sulzbach-Rosenberg in Bayern und in Püttlingen, Saarland, gibt es seit vielen Jahren eine Peter-Fechter-Straße. In Deutschlands Haupt-

stadt Berlin gibt es dagegen auch 61 Jahre nach dem weltweit bekanntesten Mauer-Opfer Peter Fechter keine Straße.

<https://redaktionhoheneckerbote.wordpress.com/>

Eine Straßenumbenennung für einen Teil der heutigen Zimmerstraße regte für Berlin zuletzt Mike Mutterlose als neuer Vorsitzender der AG 17. Juni an. Mutterlose selbst war zusammen mit Dieter Gollnick schon zuvor einer der Initiatoren einer Gedenktafel für politisch Inhaftierte in der DDR-Strafvollzugseinrichtung Karl-Marx-Stadt. Er setzte sich seit Mai 2013 als ehemaliger politischer Inhaftierter der Anstalt für ein öffentliches

Erinnern an begangenes Unrecht ein. Durch Recherchen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten im Chemnitzer Stasi-Unterlagen-Archiv ließ sich schließlich belegen, dass im früheren DDR-Gefängnis eine bedeutende Anzahl politischer Häftlinge einsaß. Zur Erinnerung an die politischen Gefangenen des SED-Regimes, die in der DDR-Strafvollzugseinrichtung Karl-Marx-Stadt seit Beginn der 1970er-Jahre ihre Haftstrafe verbüßen mussten, wurde am 24. Mai 2016 an der heutigen Justizvollzugsanstalt Chemnitz eine Gedenktafel enthüllt. <https://www.zeitzeugenbuero.de/zeitzeugensuche/zeitzeuge/mutterlose-mike>

Herr Mutterlose hat als neuer Vorsitzender der AG 17. Juni zum Thema Peter-Fechter-Straße in Berlin den Direktor der Stiftung Berliner Mauer angeschrieben. Herr Dr. Klausmeier von der Stiftung Berliner Mauer hat seinerseits in einem Antwortschreiben mitgeteilt, dass eine Straßenumbenennung gegen den ausdrücklichen Willen der nahen Angehörigen nicht zielführend sei. Schon nach der Gesprächsrunde mit der damaligen Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey im November 2022 sei klar gewesen, dass die Schwester von Peter Fechter keine Straßenumbenennung nach ihrem Bruder in Berlin wünscht. Im Ergebnis der gemeinsamen Aussprache und im Respekt vor dem Wunsch der Schwester von Peter Fechter wird die UOKG dieses Ansinnen nicht weiter verfolgen. 



Plakatausstellung am Checkpoint Charlie.

„Auf dem rechten Auge blind...“

Politische Justiz in Potsdam zwischen 1919 und 1933

Die Sonderausstellung „Auf dem rechten Auge blind... Politische Justiz in Potsdam zwischen 1919 und 1933“ blickt kritisch auf die Rechtsprechungspraxis am Potsdamer Amts- und Landgericht in der Zeit der Weimarer Republik. Vom 08. September 2023 bis 07. Januar 2024 präsentiert die Schau bisher kaum thematisierte Aspekte der Potsdamer Stadtgeschichte in der Zeit der Weimarer Republik und ergänzt die Hausgeschichte des Justiz- und Haftkomplexes in der Lindenstraße 54/55 als Ort der Untersuchungshaft und des politischen Unrechts um wesentliche neue Erkenntnisse.

Der Anspruch einer Demokratie ist, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich zu behandeln sind. Ausgehend von der Weimarer Reichsverfassung von 1919 erläutert die Sonderausstellung den demokratisch vereinbarten Rechtsrahmen, den diese der judikativen Gewalt in der jungen parlamentarischen Republik zubilligte. Doch die Weimarer Demokratie stand während der gesamten zwölf Jahre ihrer Existenz gehörig unter Druck. Ausgewählte Gerichtsprozesse mit nationaler Reichweite wie der „Weltbühnenprozess“ gegen Carl von Ossitzky 1931 oder der Prozess gegen die Teilnehmer der antisemitischen Krawalle auf dem Kurfürstendamm 1931 in Berlin werden neu in den Blick genommen. Ergänzt um zahlreiche spannende Fälle politischer Justiz aus Potsdam – wie der Prozess gegen den Mörder des 17-jährigen Herbert Ritter in Nowawes/Babelsberg 1931 – verdeutlicht die Ausstellung die Diskrepanz

zwischen gesetzlich geregelter Rechtsordnung auf der einen Seite und gerichtlicher Rechtswirklichkeit auf der anderen Seite. Die Tendenz „Milde gegen rechts, rigide Härte gegen links“ ist auch in Potsdam nachweisbar. Sie bekräftigt die zeitgenössische Einschätzung, dass die Justiz „auf dem rechten Auge blind...“ war.

Die neue, von Dr. Johannes Leicht kuratierte Sonderausstellung veranschaulicht mit aussagekräftigen Objekten bisher unbekannte Zeitzeugenberichte sowie vertiefende Biografien von Richtern und Gefängnismitarbeitern. Sie zeigt erstmals Abbildungen zur politisch tendenziösen Rechtsprechung, die der Aushöhlung des Rechtsbewusstseins in

der Bevölkerung dienen sollten, was zum Vertrauensverlust in rechtsstaatliche Prinzipien sowie zur abnehmenden Akzeptanz der Demokratie beitrug. Die Ausstellung in deutscher und englischer Sprache wird durch ein Begleitprogramm mit Kuratorenführungen, thematischen Stadtrundgängen, einer Führung in Leichter Sprache sowie einer Filmveranstaltung ergänzt. Es erscheint ein Katalogband und ergänzend ein Audioguide in Leichter Sprache.

Gefördert durch das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg und durch den Weimarer Republik e.V. Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Lindenstraße 54, 14467 Potsdam
Tel.: +49 (0)331-971 89 005
E-Mail: presse@gedenkstaette-lindenstrasse.de
www.gedenkstaette-lindenstrasse.de 



Gerichtsprozess gegen Erich Weinert, 1931
© Landesarchiv Berlin F Rep. 290-02-06 Nr. 23/1.


Die Symbole der SED-Diktatur: Volksaufstand und Mauer

Die Bundesstiftung Aufarbeitung forderte zum Jahrestag des Mauerbaus am 13. August mehr Anstrengungen in der Bildungsarbeit. Die Abriegelung der Grenze zu West-Berlin war die politische Konkurrentenklärung, mit der das kommunistische Regime auf die massenhafte Abwanderung von Akademikern, Facharbeitern und vor allem von jungen Menschen aus der DDR reagierte. Die Ursache für die Massenflucht 1960/61 war der neuerliche Versuch der SED, die kommunistische Umgestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu erzwingen. „Die DDR-Bürger hatten ihre Lektion am 17.

Juni 1953 gelernt“, so die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung Dr. Anna Kaminsky. Die Niederschlagung des DDR-Volksaufstands von 1953 habe gezeigt, dass die SED-Diktatur gegen den Willen der Sowjetunion nicht überwunden werden konnte. Daher sei den Menschen, denen ein Leben in der Diktatur unerträglich erschien, nur die Flucht in den Westen geblieben, so Kaminsky. Angesichts aktueller Debatten über DDR fordert die Direktorin der Bundesstiftung: „Die Niederschlagung des DDR-Volksaufstands vom 17. Juni 1953 und der Mauerbau am 13. August 1961 sind die sichtbarsten

Symbole der kommunistischen Diktatur in der DDR. Lehrerinnen und Lehrer sowie politische Bildner stehen in der Verantwortung, dass junge Leute, die die Schule verlassen, mit diesen Daten etwas anfangen können!“

Informationen und historische Hintergründe liefert das Online-Dossier der Bundesstiftung Aufarbeitung zum Mauerbau: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/mauerbau-am-13-august-1961>

Zeitzeugen des Mauerbaus im gesamten Bundesgebiet können über das Portal www.zeitzeugenbuero.de recherchiert und kontaktiert werden: <https://www.zeitzeugenbuero.de/themendossiers/mauerbau-13-august-1961> 

Überall dort, wo noch ein Lenin-Standbild steht...

Liebe Angehörige und Freunde der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion, nach 30 Jahren Arbeit in der Landesbehörde für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern, davon die letzten 10 Jahren als die Landesbeauftragte, nimmt Anne Drescher nun Abschied und blickt zurück. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Beratung, Begleitung und Unterstützung der SMT-Verurteilten in der SBZ und Gründungszeit der DDR. Viele dieser politischen Häftlinge, die durch Sowjetische Militärtribunale zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, kamen in eines der sowjetischen GULag-Lager, u.a. in die Lager der Polarregion um Workuta. Ihre intensive Begleitung und jahrzehntelange Beratung dieser ehemaligen GULag-Häftlinge und deren Familienangehörige hat ihnen geholfen, ihr Schicksal besser anzunehmen und zu verarbeiten.

Anne Dreschers Einsatz für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft begann Anfang der 1990er Jahre und zog sich wie ein roter Faden durch ihre gesamte Arbeit als Landesbeauftragte bis zum Sommer 2023! Einige Stationen möchte ich skizzieren, die für die Lagergemeinschaft Workuta von großer Bedeutung waren:

- Im Jahr 2001 veröffentlichte die Behörde des Landesbeauftragten das Buch „Haft am Demmlerplatz – Gespräche mit Betroffenen – Sowjetische Militärtribunale in Schwerin von 1945 bis 1953“.
- Unter der Leitung von Anne Drescher und Edda Ahrberg reiste eine Delegation der Lagergemeinschaft zur Gedenkveranstaltung am 01. August 2013 nach Workuta anlässlich des 60. Jahrestages des Aufstandes, heute also vor exakt 10 Jahren. Diese Reise war quasi ihre 'erste Amtshandlung' als Landesbeauftragte. Drei ehemalige Workuta-Häftlinge unternahmen mit ihren Ehefrauen und Kindern diese Reise.
- Die erste große GULag-Ausstellung in Deutschland wurde im Jahr 2012 im Weimar gezeigt. Anne Drescher und ihr Team holten diese Ausstellung mit hohem Einsatz und Kosten nach Schwerin. „GULAG. Spuren und Zeugnisse 1929–1956“, wurde vom Juli bis Oktober 2014 im Schweriner Marstall gezeigt.
- Dank organisatorischer und fachlicher Unterstützung der Landesbeauftragten konnte die Lagergemeinschaft Workuta im Mai 2000 und im Juni 2016 in Schwerin tagen.
- Und zu guter Letzt ist die Lagergemeinschaft dankbar für die Herausgabe des

ALMANACH „Gulag und Gedächtnis“. Diese Fachzeitschrift erschien insgesamt dreimal in den Jahren von 2020 bis 2023.

Liebe Anne, für deinen großen kontinuierlichen Einsatz über viele Jahrzehnte möchte ich mich im Namen der Lagergemeinschaft Workuta herzlich bedanken. Und wir wissen, dass du an unserm Thema dran bleibst und uns somit in irgendeiner (anderen) Weise erhalten bleibst.

Nur eine kritische Anmerkung und Beobachtung zum Schluss sei erlaubt. Am Ende des Interviews beklagst du, dass das eklatante Unwissen, was die Geschichte der DDR betrifft, auch nach 10 Jahren Tätigkeit als Landesbeauftragte nicht geringer geworden ist. Bei einer Podiumsveranstaltung im Rahmen der GULag-Ausstellung (2014) sagte ich – bezogen auf unsere Workuta-Reise 2013, dass **überall dort, wo noch ein Lenin-Standbild steht, Demokratie und Rechtsstaat nicht gedeihen kann**, nicht wissend, dass auch in Schwerin ein Lenin-Standbild stand und steht.

Während der Jahrestagung (2016) der Lagergemeinschaft Workuta demonstrierte die Lagergemeinschaft am Großen Dreesch vor dem übergroßen LENIN-Standbild.



Foto: Stefan Krikowski

Die Lagergemeinschaft hat die Namen von 53 Getöteten in Erfahrung bringen können, davon 32 Ukrainer. Die Namensliste finden Sie im Anschluss an die Gedenkworte von Heini Fritsche: <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>

Wenige Journalisten und Politiker waren deiner Einladung gefolgt. Am Schweriner Demmlerplatz hat die sowjetische Militärjustiz viele Todesurteile ausgesprochen, die im Moskauer Butyrka-Gefängnis vollstreckt wurden. Bis heute steht das Schandmal in Schwerin, und auch Du mit deiner Behörde hast es nicht geschafft, es abreißen zu lassen. Letztendlich bedeutet dieses Lenin-Denkmal ein Versagen der gesamten Kommunal- und Landespolitik in Schwerin. In Anbetracht des Putin'schen Vernichtungskrieges gegen das ukrainische Volk ist die Forderung nach einem Abriss des Lenin-Standbildes umso dringlicher! Es ist ein dauerhafter Schandfleck in dieser wunderschönen Hauptstadt in Mecklenburg-Vorpommern.

Alles Gute – Mazel tow für die Zukunft wünscht Stefan Krikowski im Namen der Lagergemeinschaft Workuta, Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion
Mitglied in der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)
Tel. 030 - 78 71 48 18
smkrikowski@web.de
<mailto:smkrikowski@web.de>
www.workuta.de
<http://www.workuta.de/>



Foto: © Lagergemeinschaft Workuta

Günter Müller-Hellwig. Bei seiner Ankunft in Workuta im September 1951 war Schacht 40 noch im Aufbau begriffen. So arbeitete Günter Müller-Hellwig zunächst im nur 60 cm hohen Stollen des nebenan gelegenen Schachts 8 (Rudnik). 2013 blickt er triumphierend auf „seinen“ Schacht. Hier schuftete er zwei Jahre lang unter Tage. Süffisant lächelnd erzählt er, dass er drüben zwei Friedhöfe kenne, auf denen er hätte liegen können bzw. sollen. Denn, wer nach Workuta kam, der kam nicht nach Deutschland zurück. Hierhin kam man, um für immer zu bleiben.

Vor 55 Jahren: Sowjetische Panzer walzen den „Prager Frühling“ in der Tschechoslowakei nieder

Die Bundesstiftung Aufarbeitung erinnerte an den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei am 21. August 1968, mit dem der Versuch der ČSSR, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, gewaltsam beendet wurde. „Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ machte die Unreformierbarkeit des kommunistischen Herrschaftssystems für alle sichtbar“, so die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung Dr. Anna Kaminsky: „Der 21. August 1968 schwächte den Rückhalt Moskaus in der kommunistischen Bewegung Westeuropas. Im kommunistischen Machtbereich zeigte er den Menschen nach den Aufständen von 1953 und 1956 erneut, dass die Hoffnungen auf Freiheit und demokratische Rechte mit diesem System nicht zu verwirklichen waren.“

Ab Mitte der 1960er Jahre setzte in der ČSSR eine politische Liberalisierung ein. Im Januar 1968 wurde Alexander

Dubček zum Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gewählt. Unter dem Motto „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ leitete er eine Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens ein. So wurde die Pressezensur aufgehoben und Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingeführt.

Die sowjetische Führung beobachtete diese Entwicklung mit Misstrauen und Ablehnung. In der Nacht zum 21. August 1968 marschierten sowjetische, ungarische, polnische und bulgarische Truppen in die ČSSR ein. Dubček und seine engsten Mitstreiter in der Staats- und Parteiführung wurden in die Sowjetunion verschleppt und mit dem „Moskauer Protokoll“ zur Rücknahme der Reformen gezwungen. In der Folge flohen rund 80.000 Menschen ins Ausland.

Die neue moskautreue Partei- und Staatsführung verfolgte fortan eine Po-

litik der sogenannten „Normalisierung“ mit strenger Kontrolle und Zensur des politischen, öffentlichen und vor allem kulturellen Lebens in der Tschechoslowakei.

Viele Menschen in der DDR bewunderten den Mut der Tschechoslowaken, schöpften Hoffnung aus den Reformen und solidarisierten sich während und nach der Niederschlagung mit dem südlichen Nachbarn. Für ihre öffentlich bekundete Solidarität wurden DDR-Bürgerinnen und -Bürger von der Stasi verhaftet und unter anderem wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu Haftstrafen verurteilt.

Informationen und historische Hintergründe liefert das Online-Dossier der Bundesstiftung Aufarbeitung zum Prager Frühling:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/prager-fruehling-1968>




Die Aufarbeitung der Aufarbeitung

Neue Ausstellung zur Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit seit 1989. Am 24. August startete in der Volkshochschule (vhs) Weimar die Ausstellung „Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur“. Die Schau ist ein Beitrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Erinnerungsjahr 2024, in dem sich die doppelte Staatsgründung zum 75. Mal und die Friedliche Revolution zum 35. Mal jähren.

„Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur“ erzählt vom Umgang mit der Geschichte der SED-Diktatur und der deutschen Teilung seit 1989. 20 Tafeln präsentieren prägnante Texte, 110 Fotos, Faksimiles, Statistiken und Karikaturen zum Thema. Die Bundesstiftung Aufarbeitung hat 1000 Exemplare der Ausstellung als Poster-Set drucken lassen. Mehr als die Hälfte davon sind bereits vorbestellt. Die Ausstellung steht zudem in weiteren Formaten sowie – dank der Unterstützung des Auswärtigen Amtes – auch in fremdsprachigen Versionen für die Bildungsarbeit im In- und Ausland zur Verfügung.

„Die vhs Weimar hat unsere Ausstellung gemeinsam mit lokalen Partnern um vier Tafeln erweitert“, so Ulrich Mählert von der Bundesstiftung Aufarbeitung, der die Ausstellung gemeinsam mit dem Historiker und Publizisten Stefan Wolle konzipiert und realisiert hat. „Wir hoffen, dass dieses Beispiel Schule macht“, so Mählert. Die Stiftung will alle bis zum Sommer 2024 erarbeiteten Ergänzungstafeln zusammen mit der Schau Aufarbeitung am 03. Oktober 2024 bei den zentralen Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit in Schwerin präsentieren.

Auf der Website der Bundesstiftung Aufarbeitung kann umfangreiches didaktisches Material zur Ausstellung kostenlos heruntergeladen werden. Im Berliner Metropol Verlag ist ein Begleitband zur Ausstellung erschienen.

Mehr Informationen über die Ausstellung und den Bestellvorgang finden Sie unter <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/vermitteln/ausstellungen/dieausstellung2023>. 


Checkpoint Charlie

Am ehemaligen Grenzübergang Friedrich-/Zimmerstraße, weltweit bekannt als Checkpoint Charlie, wird ein neuer Bildungs- und Erinnerungsort entstehen. Das Land Berlin hat die Stiftung Berliner Mauer beauftragt, ein Konzept für diesen historischen Ort zu entwickeln. Dabei möchte sie nicht nur Fachexpertinnen und -experten beteiligen, sondern auch die Stadtgesellschaft sowie Touristinnen und Touristen.

Im Sommer 2023 findet zu diesem Zweck ein kulturfachliches Dialogverfahren zur inhaltlichen und didaktischen Ausrichtung des Ortes statt. Aktuell befinden sich 2 Projekte mit 37 Mitwirkenden und 39 Beiträgen auf dem Weg. Es gibt für Interessierte zwei zentrale Fragestellungen: „Wie würdest Du den Checkpoint Charlie gestalten?“ und „Was verbindet Dich mit dem Checkpoint Charlie?“

Neben der Berliner Stadtgesellschaft sollen auch Touristinnen und Touristen sowie Fachexpertinnen und -experten in das Verfahren zur inhaltlichen und didaktischen Ausrichtung des Erinnerungsortes eingebunden werden. Der kulturfachliche Dialog läuft von Anfang August bis Ende Oktober 2023. Im Zentrum steht die Beteiligungsplattform checkpointcharlie.mitdenken.online mit zwei verschiedenen Formaten: In einem digitalen Gästebuch können die Beteiligten mitteilen, was sie mit dem historischen Ort verbinden und was sie sich für den Ort wünschen. In einem kurzen Fragebogen können sie sich in die Diskussion zur Frage einbringen, wie sie den Erinnerungsort gestalten würden. In der zweiten Augusthälfte ist eine Befragung vor Ort auf dem Gelände der BlackBox Kalter Krieg geplant. Zudem werden Ende August und im September Workshops mit rund 30 geladenen Fachexpertinnen und -experten durchgeführt.

In einer öffentlichen Abendveranstaltung werden am 10. Oktober 2023 die Zwischenergebnisse des Dialogverfahrens vorgestellt. Die Ergebnisse sind eine Grundlage für das Konzept, das die Stiftung Berliner Mauer für den künftigen Erinnerungsort im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt erarbeitet.

Weitere Informationen zur Mitwirkung auf der Internetseite: <https://checkpointcharlie.mitdenken.online/> 


Gedenken an Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus

Der Bundesbeauftragte Frank Ebert forderte zuletzt erneut die zügige Umsetzung des Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Am Mittwoch, 23. August 2023, wurde europaweit der Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus gedacht. Der Gedenktag wurde vom Europäischen Parlament im Jahr 2009 beschlossen. Das Datum wurde gewählt, um an den Nichtangriffspakt zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion vom 23. August 1939 zu erinnern. Der Hitler-Stalin-Pakt machte den Weg frei für den deutschen Überfall auf Polen und die Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee.

Anlässlich des Gedenktags mahnte der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB), Frank Ebert, das Leid der Millionen Opfer der totalitären Diktaturen nicht zu vergessen: „Die dunkelsten Kapitel der europäischen Geschichte dürfen niemals in Vergessenheit geraten. Gerade vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine müssen wir immer wieder auf die Gefahren dikta-

torischer Systeme hinweisen und entsprechende Lehren aus der Geschichte ziehen.“

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte sprach sich vor diesem Hintergrund dafür aus, die Errichtung des Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft nun entschieden voranzutreiben. Der Deutsche Bundestag hatte sich bereits in Beschlüssen 2015, 2019 und 2022 zur Errichtung eines zentralen Gedenkortes für die Opfer der SED-Diktatur und den Widerstand gegen die kommunistische Gewaltherrschaft bekannt. „Jetzt müssen den Beschlüssen Taten folgen“, fordert Frank Ebert. „Mit dem Spreebogenpark ist auch ein geeigneter Standort gefunden. Nun muss die Ausschreibung für die künstlerische Gestaltung des Mahnmals zügig auf den Weg gebracht werden.“

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin
Telefon (030) 24 07 92 - 33
Telefax (030) 24 07 92 - 99
www.aufarbeitung-berlin.de 

Kammergericht Berlin: Bedingungen im Jugendhaus rehabilitierungsrelevant

Kürzlich hat das Kammergericht (im Folgenden: KG) einen bemerkenswerten Beschluss in Hinblick auf den Rechtsfolgenausspruch abgesetzt. Zum Sachverhalt: Der Betroffene wurde in den 1970er Jahren in ein Spezialkinderheim eingewiesen. Von dort riss er aus. Zur Ermöglichung der Flucht beging der damals 14-Jährige mehrere Straftaten (Einbrüche in Lauben, kleinere Diebstähle etc.). Er wurde gefasst und zu Jugendhaus verurteilt. Dort verbrachte er zwei Jahre. Der Betroffene stellte 2020 beim Landgericht Berlin (im Folgenden: LG) einen Antrag auf strafrechtliche Rehabilitation wegen der Spezialheimeinweisung und der Verurteilung zu Jugendhaus. Für das Spezialheim erfolgte eine Rehabilitation. Über die Verurteilung zu Jugendhaus wurde vom LG gesondert entschieden. Dieser Fall war komplizierter, da bei Einweisungen in Jugendhäuser nicht die Vermutungsregelung anwendbar ist und wichtige Unterlagen wie die Urteilschrift nicht mehr auffindbar waren. Das Fehlen von Unterlagen geht in Rehabilitationssachen grundsätzlich zulasten der Antragsteller (Ausnahme: Einweisungen in Spezialheime oder vergleichbare Einrichtungen). So begründete das LG dann auch die Zurückweisung des Rehabilitierungsantrags. Gegen diesen Beschluss wurde mit Unterstützung der juristischen Beratungsstelle der UOKG Beschwerde eingelegt, die im Ergebnis erfolgreich war. Begründet wurde die Beschwerde u.a. damit, dass die begangenen Straftaten vor dem Hintergrund zu sehen seien, dass der Betroffene sie auf der Flucht aus dem Spezialkinderheim, wo er zu Unrecht Freiheitsentziehung erlitten habe, zur Selbsterhaltung beging. Da er sich an niemanden wenden konnte, habe er praktisch keine andere Wahl gehabt. Trotz fehlender Unterlagen ließe sich der damalige Sachverhalt in einer Gesamtschau gut rekonstruieren. Der Betroffene habe nach DDR-Recht lediglich Verfehlungen und Vergehen begangen. Einen nicht vorbestraften 14-Jährigen zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe zu verurteilen habe jedenfalls in einem groben Missverhältnis zu den zugrundeliegenden Straftaten gestanden und diene der politischen Verfolgung. Insbesondere sei zu beachten, dass in Jugendhäusern massive Gewalt geherrscht habe. Jugendliche seien dort täglich militärischem Drill, härtesten, erniedrigenden Strafen und roher

Gewalt ausgesetzt gewesen. So auch der Betroffene. Es wurde auf das Brandenburgische Oberlandesgericht verwiesen, das in einem sehr ähnlich gelagerten Fall die Rechtsfolge rehabilitierte. Die Generalstaatsanwaltschaft Berlin hielt diese Argumente für nicht überzeugend.

Das KG hörte den Betroffenen gleichwohl persönlich an und befragte ihn zu den Umständen der Flucht und die Verhältnisse im Jugendhaus. Mit Beschluss vom 17. Mai 2023 erfolgte dann die Rehabilitation durch das KG. Das Urteil des Stadtbezirksgerichts Berlin-Köpenick wurde aufgehoben, soweit darin die Einweisung des Betroffenen in ein Jugendhaus angeordnet wurde. Es wurde festgestellt, dass der Betroffene zu Unrecht Freiheitsentziehung im Jugendhaus erlitten hat. Zwar habe der Betroffene in Zusammenhang mit der Flucht mehrere Straftaten begangen, aber es habe sich um Bagatelldelikte gehandelt. Der Rehabilitierungssenat führt im Beschluss aus: „Hinzu kommt, dass die im Jugendhaus D... vollzogene Strafe für Betroffene mit besonders unzumutbaren, rechtsstaatswidrigen Belastungen verbunden war. In zwei obergerichtlichen Entscheidungen [...] ist in Bezug auf Jugendhäuser zu den dortigen Zuständen jeweils festgestellt worden, dass jüngere Gefangene von älteren Gefangenen im Rahmen einer systematischen, als „Selbsterziehung im Kollektiv“ tolerierten und gewollten gruppenspezifischen Struktur unter den Häftlingen, die den staatlichen Stellen zuzurechnen ist, massiv schikaniert wurden. Solche Verhältnisse hat auch der Betroffene schon in seinem schriftlichen Vortrag und ergänzend auch in der mündlichen Anhörung vor dem Senat glaubhaft [...] geschildert.“ Begrüßenswert an der Entscheidung ist, dass der Rehabilitierungssenat im Gegensatz zur Vorinstanz Hinweisen auf eine mögliche politische Verfolgung oder sonstige sachfremde Gründe unter Ausnutzung aller ihm im Freibeweisverfahren zur Verfügung stehenden Mittel nachgegangen ist, indem es den Betroffenen persönlich anhörte. Zudem wird berücksichtigt, dass der Betroffene die Straftaten als nicht vorbestrafter 14-Jähriger begangen hat und die Delikte in Zusammenhang mit der Flucht standen. Am erfreulichsten ist, dass die menschenrechtswidrigen Bedingungen im Jugendhaus als rehabilitierungsrelevant

erachtet werden. Das stellt eine Ausnahme dar, weil es aus dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz nicht direkt ableitbar ist. Die Verhältnisse in Jugendhäusern sind noch nicht so gut erforscht wie die in Spezialheimen.

Aus der leider noch zahlenmäßig dürftigen Literatur, dem Austausch mit Dr. Christian Sachse, einigen persönlichen Gesprächen mit Betroffenen und dem Film „Verlorene Kindheit – weggesperrt in der DDR“ (in der Mediathek des ZDF bis 29.07.2024 abrufbar) konnte ich eine Ahnung davon bekommen, was die Betroffenen in Jugendhäusern durchmachen mussten. Die Ahnung allein ist schon sehr schockierend. Wie erst muss es den direkt Betroffenen ergehen? Hier ist der Gesetzgeber gefragt, eine Regelung zu finden, die dem krassen Verfolgungsschicksal der Betroffenen wenigstens einigermaßen gerecht wird. Bis dahin bleibt zu hoffen, dass die Rechtsprechung weiterhin Fortschritte macht. Die Entscheidung des KG ist in der Berliner Rechtsprechungsdatenbank im Volltext abrufbar. <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/JURE230049075/part/L>

Dr. Christian Sachse veranstaltet im Oktober für die UOKG einen Kongress zum Thema Jugendhaus. **Am 14. Oktober 2023 findet von 10.00 bis 18.30 Uhr unser UOKG-Kongress „Jugendhäuser in der DDR“ im Erfurter Augustinerkloster statt.** Betroffene und Interessierte sind herzlich eingeladen. Eintritt ist frei. Programm und Anmeldung unter <https://www.uokg.de/2023/05/info-jugendhaus/>. Rückfragen an jugendhaus@uokg.de.

Ass. jur. Martina Kegel

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

„Sächsische Verfassungsmedaille“ und Ehrenabzeichen mit Goldkranz der VOS-Sachsen an Holker Thierfeld



Fotos Frank Nemetz

(von li.n.re.): Dr. Matthias Röbner, Präsident des Sächsischen Landtages, und Holker Thierfeld.



(von li.n.re.): OBM Chemnitz Sven Schulze, Joachim Gauck ehemals Bundespräsident und Sabine Popp vom Kaßberg, Freigekauft, war 4 Jahre im Frauengefängnis Hoheneck inhaftiert.

Der Vorsitzende der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal, Herr Holker Thierfeld aus Chemnitz, wurde am 03. Juni 2023 vom Präsident des Sächsischen Landtages, Dr. Matthias Röbner, mit der „Sächsischen Verfassungsmedaille“ im Ständehaus in Dresden ausgezeichnet.

Seit den frühen 1990er-Jahren leitet Holker Thierfeld die Bezirksgruppe und bietet seit dieser Zeit jeden Monat Beratungsgespräche an. Jedem der ehemals politisch Verfolgten begegnet er mit Empathie und Engagement bei der Aufarbeitung des individuellen Haftschicksals, sei es bei Fragen rund um die Akteneinsicht oder bei der Rehabilitierung. Regelmäßig erkundigt er sich zudem nach dem Befinden jener Kameradinnen und Kameraden, die aus gesundheitlichen Gründen an Sitzungen nicht mehr teilnehmen können, und besucht diese Vereinsmitglieder teilweise in ihrem Zuhause oder den Pflegeeinrichtungen.

Holker Thierfeld prägt die Erinnerungskultur der Stadt Chemnitz entscheidend mit, indem er für die VOS jedes Jahr die Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953 ausrichtet, zu der immer Vertreter aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik erscheinen. Da die Stadt Chemnitz an der Ausrichtung der Gedenkveranstaltung immer beteiligt wurde und sie um die Überparteilichkeit und die Bedeutung dieses historischen Tages weiß, hat sie in diesem Jahr – zum 70. Jahrestag – die Gedenkveranstaltung ausgerichtet. Dass der 17. Juni damit fest in den Veranstaltungskalender der drittgrößten Stadt Sachsens aufgenommen wird und niemals in Vergessenheit gerät, ist vor allem das Verdienst Holker Thierfeld. Dieses Jahr war als Ehrenredner der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck in Chemnitz. Er besuchte auch die neue Gedenkstätte am Kaßberg.

Holker Thierfeld organisiert auch seit vielen Jahren die VOS-Jahresabschlussversammlungen seiner Bezirksgruppe. Jährlich gedenken die Kameradinnen und Kameraden gemeinsam den verstorbenen Mitgliedern, erinnern an das vergangene Jahr und blicken zusammen mit den Gästen auf die Zukunft der SED-Aufarbeitung. Damit setzt Holker Thierfeld die Arbeit seiner Vorgängerinnen und Vorgänger

aus den Reihen der VOS in deren Sinne fort und setzt gleichzeitig neue, individuelle Akzente.

Anlässlich des 25. Bundeskongresses der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und deren Folgen hat der Bundesvorsitzende der VOS, Hugo Diedrich, Holker Thierfeld zusätzlich für seine jahrelange Arbeit als ehrenamtlicher Vorsitzender der Bezirksgruppe Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal mit dem Ehrenabzeichen mit Goldkranz der VOS ausgezeichnet.

Holker Thierfeld ist auch durch seine berufliche Tätigkeit eng mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur vertraut. Gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen baute er in den 1990er-Jahren – damals noch als Sachbearbeiter – die Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Chemnitz auf. Heute ist er Sachgebietsleiter und ein gefragter Ansprechpartner bei Fragen rund um die Antragstellung und Arbeitsweise des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Er unterstützte z.B. Ariane Zabel während ihrer Recherchen zur VOS-Schriftenreihe, indem er aus fachlicher Sicht auf ihre Fragen umfassend antwortete und weiterführende Hinweise gab.

Holker Thierfeld ist ein Bürger unseres Freistaates, der sich seit Jahrzehnten besonders um die freiheitliche demokratische Entwicklung des Freistaates Sachsen verdient macht. Dabei bleibt er stets im Hintergrund und sehr bescheiden. Er ist ein herzenguter Mensch, der sich engagiert für die ehemals politisch Verfolgten einsetzt.

Wir gratulieren Holker Thierfeld für die hohe Auszeichnung von Freistaat Sachsen.

Frank Nemetz
VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

1953 ging man auch in Leipzig gewalt- sam gegen die Demonstranten vor. Frank Nemetz hält die Erinnerungen wach, 2023 bekam er dafür das Bundesverdienstkreuz.

<https://www.mitmischen.de/top-thema/bundestag/aufstand-des-17-juni/war-froh-dass-mein-vater-heimkam>

47. Todestag von Oskar Brüsewitz

Zum 47. Mal jährte sich am Freitag, 18. August 2023, der Tag der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz an der Michaeliskirche in Zeitz.

Die Stadt lud zusammen mit der evangelischen Gemeinde zum Gedenken an den Ort des Geschehens vor der Kirche ein. Die Ansprache wurde von Pfarrer i. R. Dieter Ziebarth aus Berlin-Spandau gehalten. Er war von 1970 bis 1978 Pfarrer an der Michaeliskirche in Zeitz. Noch zwei Tage vor den Ereignissen sprach er mit seinem Pfarrkollegen und Freund Oskar. Ziebarth berichtete in seiner Ansprache von seinen persönlichen Erfahrungen mit Oskar Brüsewitz. Bei der Gedenkveranstaltung sprach auch Pastorin Esther Fröbel ein Gebet für den Toten. Fröbel ist die jüngste Tochter von Oskar Brüsewitz.

Im Rahmen der Veranstaltung gab es Gelegenheit, an der Brüsewitz-Stele vor der Michaeliskirche in Zeitz Blumen abzulegen. Musikalisch wurde das Gedenken vom Posaunenchor Zeitz begleitet.

Stele Oskar Brüsewitz in Zeitz vor der Michaeliskirche.



Foto: Henning Pietzsch

Verfolgung der Täter vom Eisernen Vorhang in der ehemaligen Tschechoslowakei

Trotz medialer Schlagzeilen nach dem Tod des ehemaligen Innenministers Vratislav Vajnar (1930-2023) geht die Verfolgung der Täter vom Eisernen Vorhang in der ehemaligen Tschechoslowakei weiter. Am 30. Juni 2023 klagte das tschechische Büro für die Dokumentation und Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus den nächsten in der Befehlskette an: Jan Muzikář, den ehemaligen ersten stellvertretenden Leiter der Hauptverwaltung des Grenzschutzes und des Staatsgrenzschutzes. Der Angeklagte wird in diesem Jahr 89 Jahre alt. Die Plattform für europäisches Gedächtnis und Gewissen (PEMC) weist darauf hin, dass in ihren Strafanzeigen aus den Jahren 2016 und 2017 einige Hundert weitere Personen genannt wurden, und warnt vor weiteren inakzeptablen Verzögerungen bei der Strafverfolgung, wie dies bei den ehemaligen Premierministern Štrougal und Ex-Minister Vajnar der Fall war.

Nach der Eröffnung des Hauptprozesses gegen den ehemaligen Innenminister Vratislav Vajnar (1930-2023) im Fall der Tötung und Verletzung von Zivilisten an den Grenzen der ehemaligen Tschechoslowakei am 25. April 2023 vor dem Bezirksgericht Prag 1, bei dem die Anklage verlesen und Beweise vorgelegt wurden, berichteten Medien am 20. Juni 2023, dass der Angeklagte gestorben sei. Die Öffentlichkeit hat möglicherweise fälschlicherweise

verstanden, dass dies das Ende der Strafverfolgung der Täter dieser unwiderruflichen totalitären Verbrechen sei. Dies ist jedoch nicht der Fall. Das PEMC begrüßt die Tatsache, dass das Büro zur Dokumentation und Untersuchung von Verbrechen gegen den Kommunismus am 30. Juni 2023 die Strafverfolgung eingeleitet hat, indem es einen weiteren in einer langen Reihe von bis zu dreihundert Personen anklagt, die nach den Recherchen der Plattform und nachfolgenden Strafanzeigen aus dem Jahr 2016 in Deutschland und 2017 in der Tschechischen Republik an der Tötung bestimmter Flüchtlinge beteiligt waren. Es handelt sich um Oberst Jan Muzikář (*1934), ehemaliger Stabschef und erster stellvertretender Chef der Hauptverwaltung des Grenzschutzes und des Staatsgrenzschutzes. Ihm werden der Tod von František Faktor († 1984), Hartmut Tautz († 1986), Johann Dick († 1986) und Wolfgang Günter Hoffmann († 1986) sowie die Gesundheitsschädigung mindestens folgender ehemaliger DDR-Bürger vorgeworfen: Siegfried Karl Fröbel, Jürgen Seifert, Uwe Lenzendorf, Kerstin Trautwein, Ulrich Trautwein, Dr. Thomas Bartsch, Günther Herbert Zeh, Rene Röder und Steffen Schlegel.

„In diesem Jahr ist es sieben Jahre her, dass wir unsere Strafanzeige in Deutschland eingereicht haben, und sechs Jahre

seit unserer darauffolgenden Strafanzeige bei der Obersten Staatsanwaltschaft in Brünn. Wir sind froh, dass die Räder der tschechischen Justiz ins Rollen kommen, wenn auch langsam und widerstrebend, aber dass sie ins Rollen kommen. Ich hoffe, dass sie den Prozess nicht stoppen, sondern sogar beschleunigen“, sagt Dr. Neela Winkelmann, ehemalige Geschäftsführerin des PEMC und Leiterin des JUSTICE 2.0-Projekts, und fügt hinzu: „Ich glaube, dass es keine Verzögerungen mehr geben wird seitens der polizeilichen Ermittlungsbehörden, wie zum Beispiel die Anordnung von ärztlichen Attesten durch voreingenommene Sachverständige, wie es im Fall der Angeklagten Štrougal und Vajnar der Fall war, wo das Verfassungsgericht eingreifen musste. Diese Verzögerungen waren der Grund dafür, dass Herr Vajnar schließlich das Urteil in seinem Fall nicht mehr erlebte.“

Die Plattform begrüßt die Fortsetzung der Strafverfolgung in Fällen von Tötungen am Eisernen Vorhang und warnt vor weiteren Verzögerungen. Zitat Sybille Krägel: „Die Tschechen zeigen Konsequenz in der juristischen Verfolgung kommunistischer Verbrechen/Verbrechern, insbesondere wegen Verletzung von Menschenrechten und der Tötung von DDR-Bürgern, die über die CSSR in den Westen wollten, jedoch aufgegriffen wurden.“

Petition für den Erhalt der Gedenkstätte des Pitesti-Gefängnisses in Rumänien

Neuigkeiten zur Petition für den Erhalt der Gedenkstätte des Pitesti-Gefängnisses in Rumänien: Stadtverwaltung macht von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch

In vorherigen Ausgaben von „Der Stachel-draht“ wurde über eine Petition zum Erhalt der Erinnerungsstätte des Pitesti-Gefängnisses in Pitesti, Rumänien, berichtet. Teile des ehemaligen Gefängnis-Komplexes, der sich in Privatbesitz befindet, sollten für den Bau von Büros und Wohnungen weiterverkauft werden. Maria Axinte, die Leiterin der Gedenkstätte Gefängnis Pitesti, hat im Jahr 2022 eine europaweite Petition gestartet, die sich für den vollständigen Erhalt des Gebäudekomplexes einsetzt, da nur durch seine Vollständigkeit das Leid der Inhaftierten spürbar wird.

Am 29.06.2023 hat der Stadtrat von Pitesti in einer Sitzung beschlossen, das private

Weiterverkaufsangebot für die Immobilie abzulehnen und stattdessen sein Vorkaufsrecht auszuüben. Zuvor hatten Maria

Axinte und Sergiu Rizescu, der Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener Rumäniens, die Gelegenheit, den Stadtratsmitgliedern ihren Standpunkt zur Wichtigkeit und Bedeutung des Erhalts des Gefängnisses darzulegen. Nach der Sitzung bedankte sich Axinte für die nationale und internationale Unterstützung beim Erhalt dieser bedeutenden Gedenkstätte für die rumänischen Opfer des Kommunismus.

Ulf Georgiew



Gedenkstätte Pitesti-Gefängnis

Foto: Maria Axinte, Frontansicht

Deportationen. Ein literarische Blickwinkel

Inzwischen gibt es eine Reihe von Veröffentlichungen über die großen Deportationen von deutschen Zivilisten am Ende des II. Weltkrieges in die Sowjetunion. Oft waren es Frauen, teilweise noch Kinder, die die Besatzer in die Zwangsarbeit schickten. Nur wenige kehrten nach den Strapazen der Reise in unbeheizten Viehwaggons und den unmenschlichen Bedingungen in den meist sibirischen Arbeitslagern zurück.



Die Transporte, oft chaotisch organisiert und praktiziert, hatten kaum System. Anders sah das für die Deutschen im südöstlichen Europa aus. So wurden in Rumänien im Winter und Frühjahr 1945, die hier seit Jahrhunderten lebenden Deutschen (die größten Siedlungsgebiete waren Siebenbürgen und das Banat) Opfer systematischer Deportationen. Zehntausende kamen in sowjetische Arbeitslager, wo sie in der Regel bis Ende 1949 verblieben. Dies betraf alle Männer zwischen 16 und 45 Jahren und alle Frauen zwischen 18 und 30. Vorzeitig entlassen wurden nur die Todkranken, die Sterblichkeitsrate lag bei 15 Prozent. Wie diese Erfahrungen die Zeitzeugen traumatisierten, beschreibt Herta Müller im Roman „Die Atemschaukel“. Dabei dient der erschütternde Bericht eines 17-jährigen Dichters aus Hermannstadt/Sibiu als Vorlage.

Nur sechs Jahre nach Kriegsende folgt eine neue große Deportationswelle in Rumänien. Diesmal betrifft es die vermeintlich politisch unsicheren Banater. Sie werden aus den Grenzregionen zu Jugoslawien in die unwirkliche rumänische Baragansteppe deportiert. Und das in ganzen Familienverbänden. Wieder sterben unzählige Menschen. Jene, die 1956 zurückkehren sind trotz Traumatisierung zum Schweigen verpflichtet. Bezeichnend

sind die Sätze einer Zeitzeugin: „Was wir in der Deportation erleben mussten, war erschütternd. Jahrzehntlang konnten wir nur mit Familienangehörigen und Freunden darüber sprechen. Und später? Die alten Geschichten. Wer wollte sie schon hören?“

Albert Bohn und Anton Sterbling haben einmal mehr dem Schweigen ein Ende gesetzt. Mit der Herausgabe trotzen sie dem Vergessen. So gibt es literarische Bearbeitungen durch 11 rumäniendeutsche Autoren, allesamt aus dem Umfeld der ehemaligen „Aktionsgruppe Banat“. Inzwischen fast ausnahmslos in der Bundesrepublik lebend, bieten sie vielschichtige Perspektiven auf die Deportationen. Tabus gibt es nicht. Neben den Herausgebern haben sich Johann Lippert, Horst Samson, Hellmut Seiler, Balthasar Waitz, Helmuth Frauendorfer, Traian Pop Traian und Rolf Bossert zu Wort gemeldet. Ihre Berichte sind zuweilen erschütternd. Daneben gibt es Gedichte. Ilse Hehn liefert auch Collagen. Ergänzt werden die Texte u.a. durch Auszüge aus den gelobten „Habseligkeiten“ des im März verstorbenen Richard Wagner.

Was bleibt, ist ein großer Stoff, der fesselt und nach mehr verlangt.

Andreas H. Apelt

.....
Deportationen. Literarische Blickwinkel: Hrsg. von Albert Bohn und Anton Sterbling, Ludwigsburg Pop-Verlag 2021, 275 S., ISBN 978-3-86356-333-2

Der deutsch- deutsche Grundlagenvertrag (Dezember 1972)

Es gab ein wenig beachtetes Jubiläum: der deutsch- deutsche Grundlagenvertrag (Dezember 1972). Später spürte ich zwei positive Auswirkungen des Vertrages und seiner Zusatzdokumente: klugen trickreiche Formulierungen, die faktisch KEINE Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft bedeuteten. Das war die Basis aller Ausreisewellen und fast jeder Flucht und des Gefangenenfreikaufs. Ich wollte ja nie aus der DDR ausreisen [...] Unter anderem, weil ich den Anspruch auf eine westdeutsche Staatsbürgerschaft ohne Asylverfahren permanent hatte. Es ist manchmal klug eine Situation in einer stabilen Flexibilität zu halten. Die zweite Auswirkung merkte ich als Ostberliner: die Anwesenheit der Diplomaten in der Ständigen Vertretung des Bundesrepublik, vor allem der akkreditierten West-Journalisten mit ihrer Grenzempfehlung, ihre Arbeitsmaterialien über die Berliner Grenze unkontrolliert transportieren zu dürfen. Fast alle Manuskripte und Briefe in den Westen, Belegexemplare und Antwortschreiben aus dem Westen wären sonst nicht mit einer von den DDR-Behörden nie erwarteten Selbstverständlichkeit über die Grenze gewandert. [...] Politisch noch relevanter war das Entstehen subversiver Ost-West-Netzwerke, die meist über akkreditierte West-Journalisten in Ostberlin und die vielen (politisch untereinander sehr konträren) Westberliner Medienanlaufpunkte die ganze Bundesrepublik oder wenigstens ihre Medien beeinflussten. Die DDR hatte natürlich auch Prestigegewinne durch den Grundlagenvertrag, ich kritisierte im Westen später Aspekte des deutsch-deutschen Kultur-abkommen. Das konnte ich als Ostberliner dauerüberwacht aber nicht inhaftiert auf Basis dieses Vertrages tun. [...] Wurde durch ihn der deutschen Einheit der Weg gebahnt? Das wäre überdeutet. Andersherum: Beginn die Sowjetunion mit dem Moskauer Vertrag vor dem Grundlagenvertrag zu merken, dass die (West)Deutschen Ost-Grenzen faktisch anerkannten, damit auch den russischen strategischen Sicherheitsriegel Kaliningrad, der als historischer Raum immer ein Königsberg bleiben würde. Aber eben nur als solcher. Ansonsten waren es schon Menschen in Plauen, Leipzig und anderen Orten, die Anfang Oktober 1989 friedlich und dennoch energisch demonstrierten. Die in den Wochen, Monaten, Jahren darauf den Abzug der

russischen, ukrainischen, weißrussischen und anderen Soldaten der SU aus der DDR über einen längeren Zeitraum ohne Gewaltübergriffe verfolgten, begleiteten. (Übrigens wurden Bürger der drei baltischen Staaten nie in die DDR eingezogen.) Vielleicht ist das neben dem Mut der ostdeutschen Demonstranten in der Frühphase der Friedlichen Revolution ihre eigentlich Leistung: reale oder scheinbare Überlegenheiten gegenüber den eigenen Staatsorganen nicht auszunutzen. Wie auch bei der „Samtenen Revolution“ in Prag und Bratislava und der „Singenden Revolution“ in Estland. Was ist eigentlich der böseste Satz zur DDR in meinem neuen Buch „Trotzig lächeln und das Weltall streicheln“? Er betrifft meine Heimatstadt Jena, die mir klein und miefig vorkam: „Von mir aus hätte sich damals meine Geburtsstadt in eine Rakete verfrachten und ins Universum schießen können.“ Es ist auch der liebevollste Satz, ich wollte alle und alles mitnehmen.

Komprimierter Auszug aus dem Artikel von Lutz Rathenow „Gut bewachte Erinnerung“. In: Liberal. Das Magazin für die Freiheit, 03.2023.

Empfehlung der Redaktion: Der Schriftsteller und ehemalige Sächsische Landesbeauftragte Lutz Rathenow gibt gern Impulse in die Diskussionen. In der Zeitschrift „Liberal“ veröffentlichte er gerade einen Artikel. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FDP-nah) gestattet gern einen auszugsweisen Nachdruck – aus solidarischem Respekt vor dem Anliegen der UOKG. Wer den ganzen Text lesen will: <https://liberal-magazin.de/2023/03-2023/ost-west-debatte>



Ist Entspannungspolitik ein ausgedientes Modell

Die neue Ausgabe des Aufarbeitungsforum im Internet Heute und Gestern (H-und-G.info)

Für die einen bedeutete sie mehr Freiheit, andere sehen in ihre eine Verlängerung der Unfreiheit. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist „Entspannungspolitik“ fast ein Schimpfwort geworden.



Aber Vorsicht, manche Kritiker kommen aus dem Lager derer, die selber Entspannungspolitik trieben. Und zu schnell vergessen wird, warum es sie gab und was sie vielen an Vorteilen brachte. Ohnehin ist eher wahrscheinlich, dass eines Tages wieder Anleihen bei diesem klassischen Politikmodell gemacht wird, auch wenn es derzeit in Europa eher nach Eiszeit und Abgrenzungen aussieht.

Der Schwerpunkt spannt den Bogen von den Anfängen der deutschen Entspannungspolitik über die Auswirkungen speziell in der DDR, zur Institutionalisierung im Rahmen der KSZE und die Rolle und Perspektiven von deren Nachfolge-Organisation.

Editorial:
Christian Booß, Martin Böttger

Internet:
<http://h-und-g.info/forum/>
ueberspannt-entspannungspolitik-von-vorgestern

Der 23. August 1939 und der Hitler-Stalin-Pakt

Am 23. August 1939 stellten sich Adolf Hitler und Stalin gegenseitig eine Blanko-Vollmacht für den 2. Weltkrieg aus. Die Bezeichnung dieses Paktes als Nichtangriffsvertrag war eine Irreführung der Weltöffentlichkeit. In Wirklichkeit enthielt er die Zusage der Sowjetunion, Polen bei einem deutschen Überfall nicht zur Seite zu stehen. Darüber hinaus versprach die Sowjetunion, sich an keinem gegen Deutschland gerichteten Bündnis zu beteiligen. Deutschland war aus dem Völkerbund ausgetreten. Die Sowjetunion gedachte, ihren Verpflichtungen zur Friedenssicherung nicht nachzukommen. Damit hatte Hitler in Osteuropa freie Hand für seine Angriffspläne.

Wolfgang Leonhardt, damals 17-jähriger Kommunist in Moskau, hat erzählt, welche Bedeutung der Pakt für Stalin hatte. Er sollte eine Freundschaft unter Diktatoren begründen, die über Jahrzehnte hielt: Bereits in den nächsten Tagen wurden die Jugendheime der deutschen Exil-Kommunisten in der Sowjetunion aufgelöst. Aus den öffentlichen Bibliotheken wurden in Blitzaktionen deutsche antifaschistische Bücher entfernt. Statt der antifaschistischen deutschen Zeitungen konnte man nun nationalsozialistische Publikationen lesen. Bis 1941 lieferte die Sowjetunion mehr als 400 deutsche Flüchtlinge an die Gestapo aus. Viele von ihnen fanden den Tod in den faschistischen Lagern. Die Sowjetunion lieferte bis Mitte 1941 an Deutschland Getreide, Eisenerz, Mineralöl sowie seltene Metalle und unterlief damit die Seeblockade der Alliierten seit Herbst 1939. Das letzte deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen stammt vom Januar 1941. Als die Wehrmacht am 22. Juni 1941 die neuen Westgrenzen der Sowjetunion überschritt, rollten ihnen noch die Züge mit Exportgütern für Deutschland entgegen.

Die Entscheidung Stalins, mit Hitler zusammenzugehen, war nicht spontan aus einer gefährlichen aktuellen Situation geboren. Sie war Ergebnis gemeinsamer Politik seit 1922, die auf eine gewaltsame Revision der politischen Ordnung von Versailles zielte. Dazu musste Polen wieder von der Landkarte verschwinden. Die baltischen Staaten – das wird in der deutschen Geschichtsbetrachtung oft vergessen – sollten „heim ins russische Reich“ geholt werden, das sich nun Sowjetunion nannte. Finnland wurde der sowjetischen „Interessensphäre“ zugeschlagen.

Im Geheimen Zusatzprotokoll zum sogenannten Nichtangriffspakt kann man genau dies nachlesen. Zwei Diktatoren maßten sich an, Grenzen und Geschichte, Staatsbürgerschaft und nationale von Millionen Menschen neu zu bestimmen. Sie entschieden mit einem Federstrich über Leben und Sterben von hunderttausenden Menschen. Das sowjetische Ziel bestand darin, die Gebiete des russischen Reiches seit seiner größten Ausdehnung wieder zu beherrschen. Hitler wollte ganz Europa.

Im Herbst 1939 befand sich Stalin in keiner Zwangslage. Er konnte frei wählen. Noch im Juli unterbreiteten die Briten und Franzosen der Sowjetunion das Angebot eines antideutschen Beistandspaktes. Der Westen konnte nichts versprechen, außer womöglich Hitlers weitere Expansion zu verhindern. Hitler dagegen versprach reale Geländegewinne am westlichen Rand der Sowjetunion. Stalin sah das bessere Angebot bei Hitler und griff zu.

Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen wartete die Sowjetunion, bis die polnischen Truppen weitgehend vernichtet waren und besetzte dann – wie abgesprochen – die östlichen Teile Polens. Am 22. September 1939 feierten die deutschen und sowjetischen Truppen in Brest-Litowsk ihren Sieg über Polen mit einer gemeinsamen Militärparade. Die Deutsche Wochenschau dokumentierte die Veranstaltung mit den neuen Waffenbrüdern.

Nur zwei Tage später erpresste die Sowjetunion die souveränen, demokratischen Staaten Estland, Lettland, Litauen und Finnland mit der Forderung, entweder Stützpunkte in ihren Ländern zuzulassen oder einen Einmarsch sowjetischer Truppen zu erdulden. Finnland, das sich der Erpressung nicht beugen wollte, wurde Ende November 1939 mit Krieg überzogen. Die drei baltischen Staaten stimmten notgedrungen der Errichtung von sowjetischen Militärstützpunkten zu. Doch die Sowjetunion gab sich damit nicht zufrieden. Mitte Juni 1940 erfolgte der Einmarsch in alle drei Staaten. Die Okkupation begann – daran sollte hier einmal ausdrücklich erinnert werden – mit dem Abschuss eines zivilen Passagierflugzeuges.

Die besetzten Gebiete dienten als Blaupause und Übungsterrain für die Beset-

zungen, die nach dem Sieg über Hitler folgen sollten: Dazu gehörten unnachsichtige Repressionen gegen vermutete und wirkliche Gegner, Mord und Zwangsumsiedelung ganzer Bevölkerungsteile, die Installation pseudodemokratischer Institutionen und Regierungen.

Den Preis für die Einigung der beiden Diktatoren bezahlten die Menschen in den besetzten Gebieten. Hier errichteten zuerst die sowjetischen Truppen ihre Herrschaft, dann kamen die Deutschen. Sie wurden oft irrtümlich als Befreier begrüßt. Doch ihre Schreckensherrschaft ließ die Realitäten schnell erkennen. Schließlich kamen wieder die sowjetischen Herrscher – und sie blieben anscheinend für die Ewigkeit.

Wenn wir also den 23. August als Gedenktag begehen, geht es uns um eine Dimension des 2. Weltkrieges, die in Deutschland zu wenig bedacht wird. Die deutsche historische Erinnerung ist zu Recht geprägt von der Urheberschaft am 2. Weltkrieg und damit auch von der Befreiung durch die Alliierten vom Terror-system des Nationalsozialismus. Der 23. August weitet demgegenüber den Blick auf die Opfer der imperialen Interessen der Sowjetunion, die sie ohne einen Pakt mit Deutschland nicht hätte umsetzen können.

Aus unseren jahrzehntelangen Erfahrungen mit Tausenden von Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft heraus schließen wir uns den Abgeordneten des Europaparlamentes an. Sie bekundeten am 04. April 2009 ihren „Respekt für sämtliche Opfer totalitärer und undemokratischer Regime in Europa und bezeugen ihre Hochachtung denjenigen, die gegen Tyrannei und Unterdrückung gekämpft haben“.

Wir, die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft unterstützen ausdrücklich die Zielrichtung des Beschlusses des Europaparlaments, der besagt: „dass Europa erst dann vereint sein wird, wenn es imstande ist, zu einer gemeinsamen Sicht seiner Geschichte zu gelangen, Nazismus, Stalinismus und faschistische sowie kommunistische Regime als gemeinsames Erbe anerkennt und eine ehrliche und tiefgreifende Debatte über deren Verbrechen im vergangenen Jahrhundert führt.“ (Entschließung des Europäischen Parlaments vom 02.

April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus (2010/C 137 E/05) Lassen Sie mich aus der Perspektive eines Verbandes etwas hinzufügen, der seit einer Generation die Opfer einer Diktatur vertritt: Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft ging vor fast 80 Jahren zu ende. Vor 34 Jahren zerbrach die kommunistische Diktatur. Die Folgen des Holocaust, der Konzentrationslager, Speziallager, Zwangsarbeiterlager, der Repressionen durch die Geheimpolizeien, der Vertreibungen, Umsiedelungen, des Sterbens in den Schützengräben und

Bombennächten sind bis heute spürbar. Noch heute bilden sich die Folgen in den Seelen der Opfer ab. Sie haben – so wissen wir aus der Forschung – inzwischen auch die nächste Generation erreicht. Diese Menschen existieren real. Unsere sozialen und psychologischen Beratungsstellen haben jeden Tag mit ihnen zu tun.

Mit dieser Perspektive sollten wir auch in die Zukunft schauen. Wenn heute noch der Krieg in der Ukraine beendet wird, der Wiederaufbau geschafft ist, dann wird es zwei Generationen brauchen, um

die Folgen dieses Krieges zu überwinden. Dieses Recht, meine Damen und Herren, über Zeit und Raum der Zivilisation zu bestimmen, dürfen Diktatoren und Autokraten nicht erlangen. Lassen Sie uns dafür eintreten, diese Kette zu durchbrechen. Auch dazu ist der 23. August ein Tag des Gedenkens.

Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG, Vortrag zum Europäischen Gedenktag für die Opfer von Nationalsozialismus und Kommunismus in Potsdam am 24. August 2023

Das Sykes-Picot-Abkommen von 1916 für den Nahen Osten und seine Folgen bis heute

Historische Momente, die die Welt bis heute zeichnen, gibt es viele. Ein Ereignis, das unsere Gegenwart bis heute nachhaltig in Verwerfung hält, war das sogenannte Sykes-Picot-Abkommen 1916.

Privatdiplomatie im Dienst der Macht

Im Jahr 1916 einigte sich ein britischer Diplomat namens Sir Mark Sykes privat mit seinem französischen Amtskollegen François Georges-Picot darauf, den Nahen Osten nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches in Einflussphären aufzuteilen. Die von Großbritannien und Frankreich kontrollierten Länder wurden durch die Sykes-Picot-Linie geteilt. Am 16. Mai 1916 schlossen die Regierungen von Großbritannien und Frankreich das Abkommen. Darin vereinbarten die beiden Staaten die Aufteilung der arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches.

Willkürliche Grenzen

Das sogenannte Sykes-Picot-Abkommen zog willkürliche Grenzen, die die ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt der Region ignorierten. Das Abkommen verriet auch die Unabhängigkeitsversprechen, die Großbritannien den arabischen Führern gemacht hatte, die gegen die Türken kämpften. Die Folgen dieses Abkommens sind noch heute spürbar, da viele der Konflikte und Spannungen im Nahen Osten auf diese willkürlichen Grenzen und kolonialen Eingriffe zurückzuführen sind.

Geostrategisches Gleichgewicht

Bei dem Abkommen handelt es sich um eine geheime Vereinbarung, die zwischen

Frankreich und dem Vereinigten Königreich mit Zustimmung des Russischen Reiches erfolgte. Frankreich erhielt danach den größten Teil des Westflügels des Fruchtbaren Halbmonds (Syrien und Libanon) neben der Region Mossul im Irak. Was Großbritannien betrifft, so erstreckten sich seine Kontrollgebiete von der Südseite der Levante bis nach Osten nach Bagdad und Basra sowie alle weiteren Gebiete zwischen dem Persischen Golf und der französischen Region in Syrien. Palästina fiel unter internationale Verwaltung, wie in Absprache zwischen Großbritannien, Frankreich und Russland vereinbart wurde. Das Abkommen sah gleichzeitig vor, dass Großbritannien die Häfen von Haifa und Acre als Protektorat erhielt, vorausgesetzt, dass Frankreich die Freiheit hätte, den Hafen von Haifa zu nutzen. Frankreich gewährte Großbritannien daraufhin im Gegenzug die Nutzung des Hafens von Alexandretta, einer Stadt im Süden der Türkei.

Balfour-Erklärung

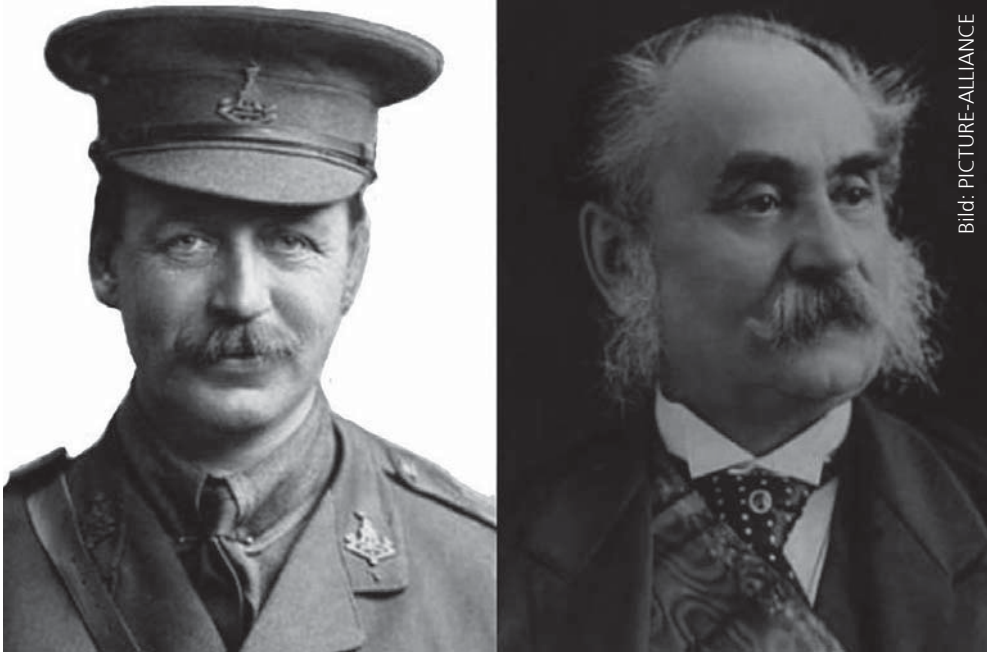
Nach der Veröffentlichung der Balfour-Erklärung des ehemaligen britischen Außenministers Athar Balfour, wurde das Sykes-Picot-Abkommen etwas abgeschwächt, blieb jedoch weitgehend in seinen Grenzziehungen und den Bestimmungen erhalten, nachdem der Rat des Völkerbundes die Mandatsdokumente für die betroffenen Regionen genehmigt hatte. In der Balfour-Deklaration vom 02. November 1917 erklärte sich Groß-

britannien einverstanden mit dem 1897 festgelegten Ziel des Zionismus, in Palästina eine „nationale Heimstätte“ des jüdischen Volkes zu errichten. Dabei sollten die Rechte bestehender nicht-jüdischer Gemeinschaften gewahrt bleiben. Damals, 1917, befand sich Palästina noch im Machtbereich der Osmanen. Die damalige britische Regierung unter Lloyd George versprach sich von der Zusage an die zionistische Bewegung Vorteile in der Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen während des Krieges und auch langfristige strategische Vorteile.

Vertrag von Lausanne

Mit dem folgenden Vertrag von Lausanne wurden einige nordsyrische Gebiete gemäß des Vertrags zusätzlich zu einigen Gebieten, die Griechenland im vorherigen Vertrag von London zugesprochen worden waren, an Atatürk und die Türkei abgetreten. Hintergrund war: mit dem Vertrag von Lausanne wurde am 24. Juli 1923 zwischen der Türkei sowie Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Griechenland, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen im Palais de Rumine ein Abkommen geschlossen, das die territorialen Veränderungen nach dem 1. Weltkrieg anerkennen sollte. Durch diesem Vertrag konnte die Türkei, nachdem sie 1922 den Griechisch-Türkischen Krieg gewonnen hatte, die Bestimmungen des nach dem Ersten Weltkrieg abgeschlossenen Vertrags von Sèvres teilweise





Die britischen und französischen Diplomaten Mark Sykes (links) und François Georges-Picot.

nach ihren Vorstellungen revidieren. Das Abkommen legalisierte die bereits vollzogene Vertreibung von Griechen bzw. Türken nachträglich. Die aktuellen Grenzen der Türkei und Griechenlands haben ihren Ursprung in diesem Vertrag.

Historischer Längsschnitt in die Gegenwart

Das Sykes-Picot-Abkommen von 1916

und die folgenden Abkommen führten zur territorialen Aufteilung Großsyriens und des Arabischen Ostens in Staaten und politische Einheiten. Es entstanden der Irak, Syrien, der Libanon, Jordanien und Palästina einschließlich der Gebiete, auf denen sich 1948 der Staat Israel gründete.

Bis heute ist der 16. Mai 1916 aufgrund des Sykes-Picot-Abkommens und der

daraus resultierenden geopolitischen Veränderungen und menschlichen Katastrophen, die zur geographischen Teilung der arabischen Welt in mehrere Länder führte, ein wichtiges historisches Datum. „Hunderttausende Menschen wurden wegen Sykes-Picot und all den damit verbundenen Problemen getötet.“, sagte Nawzad Hadi Mawlood, ehemaliger Gouverneur der irakischen Provinz Erbil. Diese Geschichte zeigt, dass zwei Menschen, Sir Mark Sykes und François Georges-Picot, über das Schicksal von Millionen Menschen über Generationen hinweg entschieden haben. Das hat zu weiteren scheinbar endlosen Konflikten geführt. In ihrer damaligen Welt waren diese beiden Menschen Helden, währenddessen sie die Regionen, die sie willkürlich geostrategisch bzw. geopolitisch aufteilten, in bis heute ungelöste Konflikte stürzten. Das produzierte Opfer, die willentlich akzeptiert wurden und werden. Opfer, die unabhängig von welcher Seite auch hervorgebracht, niemals kategorisiert oder gegengerechnet werden sollten. Das verstellt den scharfen Blick auf die Verursacher dieser historischen Dramen und hinterlässt um so mehr irritierte und traumatisierte Gesellschaften. Es geht in der Geopolitik nie um Gerechtigkeit auf der Welt, nur um Recht und/oder Macht.

Henning Pietzsch

Hinweise zur Ausgabe 6/23

S.6: Was ist ein Massenger? – Ein Messenger!; **S.18:** Fahrt nach Tost/Oberschlesien: Das Datum der Fahrt fehlte in dem Beitrag: 22.–24. September 2023. Zu beachten ist die vorherige Erstkündigung in der Ausgabe 4/23; **S.19:** Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V., die Internetseite: <https://www.youtube.com/watch?v=c-TXh6Nkfj0>: Dieses Video ist leider nicht mehr verfügbar; **S.23,** rechtes Foto: links hinter Hubertus Knabe steht nicht Stefan Donth, wie in der Bildzeile ausgeführt. Buchautor Stefan Donth ist auf dem Foto nicht im Hintergrund erkennbar. Es kam zu einer Verwechslung mit einem anderen Foto.

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für die Hinweise. Danke auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unsere jeweiligen Zitate auf der letzten Seite.

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2022 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de

Die UOKG im Internet: <https://www.uokg.de/>

Facebook: https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE

Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft

2. Häftlingstreffen in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus am 19. Oktober 2023, 18 Uhr

Liebe Kameradinnen und Kameraden, unser 2. Treffen wird eingeleitet durch den Juristen und Rentenberater André Steltner, der sich als Fachmann rund um Renten/Haftfolgeschäden gut auskennt und zu fast allen Fragen dazu Rede und Antwort geben kann.

Bei Kaffee, Tee, Wasser und belegten Brötchen können anschließend noch andere Themen angesprochen und ausge-

tauscht werden. Alle ehemaligen politischen Gefangenen aller Haftanstalten sind mit ihren Partnern herzlich eingeladen.

Es wäre nett, wenn Ihr Eure Teilnahme beim Leiter der Gedenkbibliothek kurz ankündigt, damit genügend Getränke und Speisen besorgt werden können: th.dahnert@gedenkbibliothek.de

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin (Nikolaiviertel)



Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V. (ARE) informiert

Aufgaben, denen sich die ARE verpflichtet fühlt

Die Aufarbeitung des SBZ- und DDR-Unrechts, Fragestellungen zur politischen Verantwortung für die Schiefelage des Rechtsstaates, Aufklärung zur Lage bei den (immer noch!) offenen Vermögensthemen und Umsetzung der Rehabilitierungsgesetze im Lichte neuer Chancen nach deren Entfristung – so sieht der Gesamtkomplex der aktuellen Aufgaben für uns, Rechtsstaatler und Betroffene von Verfolgung und Enteignung, im Sommer 2023 aus.

Wie stellen wir uns diesen Aufgaben?

Und wie können wir im 33. Jahr nach der Wiedervereinigung erfolgreich sein, zumindest in der SCHADENSBEGRENZUNG und im Bestreben, die Öffentlichkeit wachzuhalten und der jungen Generation die Bedeutung unseres Handelns zu vermitteln, der Zukunft wegen?

Gedenktage: Neubewertung 17. Juni; Mauerbau 13. August; Kampf gegen Verharmlosung der SED-Diktatur; Einsatz für neues Geschichtsbewusstsein, mehr Zusammenwirken bei Aktionen (Stichworte, zu denen hier und in den nächsten Nachrichten einiges gesagt werden muss).

17. Juni 1953: Der Umgang mit dem bedeutenden Ereignis der Rebellion in der gerade erst gegründeten DDR 1953 hat sich in diesem Jahr merklich positiv verändert. Der Protest der Bauarbeiter

aus Berlin erfasste in Windeseile die ganze DDR. Viele Nachrichten hierüber kommen zum Teil erst jetzt ans Licht, so wird klar, dass auch in vielen kleinen Städten und Gemeinden der Funke der Freiheit übersprang, bis die „einzige Revolution in ganz Mittelostdeutschland“ von der sowjetischen Besatzungsarmee niedergeschlagen wurde. Für uns, die wir seit fast 30 Jahren fordern, den 17. Juni zu einem deutschen Freiheitstag zu erhöhen, ein guter Ansatz. Für eine gesetzliche Regelung einzutreten, den 17. Juni ab 2024 als Feiertag zu begehen – und hierfür notfalls den 03. Oktober fallen zu lassen. Jedenfalls werden wir zusammen mit unseren Verbündeten eine Serie von Gedenkfeiern mit Aufklärungscharakter in allen jungen Ländern zu organisieren.

Mauerbau und Mauergesetz: Auch hier ist u.a. Aufklärungsarbeit vonnöten, da der „Rechtsstaat“ sich beim Umgang mit Betroffenen und besonders den rechtmäßigen Eigentümern von Mauergrundstücken nicht korrekt verhalten hat. Dieses Verhalten wird in ein „Schwarzbuch der Defizite zum Einigungsvertrag“ aufzunehmen sein. Eine konkrete Planung für das 2. Halbjahr 2023.

SED-Diktatur und Verharmlosung: Immer wieder erscheinen Berichte, in denen die Herrschaft und zahlreiche Gewaltmaßnahmen des Unrechtsstaates DDR relativiert, weichgespült und verharmlost werden. Selbst schräge und unpassende Vergleiche der DDR mit der BRD machen die Runde. Noch immer gibt es Straßen, die nach Pieck benannt sind

oder nach anderen Figuren aus der SBZ und der DDR. Man stelle sich vor, es gäbe noch Beschilderungen zu Ehren der NS-Größen, welches Echo... Schon aus Respekt vor den Opfern der Verfolgung gehört es sich, dass Ämter und Kommunen handeln, überfällige Änderungen vornehmen und nicht nur den NS-Opfern Stolpersteine widmen. Diese Hygienemaßnahmen sind keine Nebensache, sondern Teil der aktiven Erinnerungskultur.

Geschichtskennntnisse und Geschichtsbewusstsein: Wer die Vergangenheit nicht kennt – wenigstens in Umrissen und im Wesentlichen – kann aus seiner Unkenntnis für die Zukunft kaum richtige Schlüsse ziehen und mitgestalten. Schlimmstenfalls wird er oder sie manipulierbar. Haben nicht in der Vergangenheit sowohl die Nazis als auch die Kommunisten und ihre Mitläufer mit Geschichtsklitterung und Verfälschung einschließlich der Wahrheitsverfälschung ihre ideologischen und oft verworrenen Ziele verfolgt. Auch heutzutage werden, selbst von studierten, und man staunt, Uni-Historikern ungenaue Schwarz-Weiß Interpretationen statt objektiver Darstellungen von Geschichtsabläufen einer immer weniger bewanderten Öffentlichkeit serviert, und dann wird dies auch noch von einigen Medienvertretern wiedergekaut. Der Bildungsnotstand lässt grüßen... Wir halten dagegen!

Zusammenwirken in den Aktionen: Das haben wir uns auf die Fahne geschrieben, jetzt mehr denn je. Neuestes Beispiel: z.Z. läuft das ARE/FRE-Programm der Übertragung von wichtigen Doku-

menten und Archivmaterial der Zeit von 1945 bis in die 90er Jahre in Pläntz aus 30 Jahren Sammlungsarbeit. Zeitzeugenberichte und Dokumente, Nachlässe und politisch brisante Schriftwechsel mit den Verantwortlichen im Kontext der Wiedervereinigung, Widersprüche in Politik, Justiz und Verwaltung, unterschiedliche politische Wahrnehmungen und Reaktionen, historisch Spannendes für Wahrheit und Recht, aber auch emotional Bewegendes bringt diese unsere Übersicht jetzt ein in die künftige Forschungs- und Aufklärungsarbeit auf Bundesebene, nämlich in die „Bundesstiftung Aufarbeitung“, mit der wir ab jetzt konkret zusammenwirken. Schon in diesem Herbst wird es eine Reihe von gemeinsamen Veranstaltungen geben. Dabei steht auch das Geschehen NACH der deutschen Wiedervereinigung im Brennpunkt der Überprüfung und Bewertung. Auf mancherlei neue Erkenntnisse darf die Öffentlichkeit und dürfen

Wissenschaft und Forschung gespannt sein. Wer weiß, ob es nicht sogar noch zu politischen Kurskorrekturen kommen kann, zumindest zu Klärungen bei den Defiziten des Einigungsvertrages für mehr Gerechtigkeit?

Wir geben diese Hinweise zu unserem neuen Einsatz auch, um Sie, Ihre Familien und Freunde zur Mitwirkung zu ermuntern. Diese Unterstützung könnte wie folgt aussehen: Studierende oder interessierte junge Leute aus unserem Mitstreiterkreis helfen in Pläntz beim Selektieren und Strukturieren des umfangreichen Archivmaterials und der Dokumentationen, oder, Sie unterstützen die Arbeit vor Ort mit einer Spende für die studentischen und freiwilligen Helfer.

Für Fragen Ihrerseits und Erläuterungen von uns stehen wir Ihnen gern jederzeit zur Verfügung.

Spenden

Für ARE –
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin
IBAN: DE68 1606 1938 0103 0127 94

Für FRE –
(Spendenbescheinigung kann ausgestellt werden) –
Raiffeisenbank Ostprignitz Ruppin
IBAN: DE26 1606 1938 0001 0422 03

ARE-Pläntz

Hofstraße 5, 16845 Pläntz bei Neustadt/Dosse, Tel.: 033970-518-74/76, Fax: 033970-518-75

ARE-Zentrum Hessen

Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624-9262-58
Fax: 05624-9262-68
E-Mail: are-pl@gmx.de
Internet: www.are-org.de



34. Bautzen-Forum

Titel: „Auf die Straße! Volksaufstände im sowjetischen und russischen Einflussbereich“

Wann: 14.–15. September 2023
in Bautzen

Ort: Gemeindehaus der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde St. Petri, Am Stadtwall 12

Die Teilnahme am 34. Bautzen-Forum ist kostenfrei. Die Aufwendungen für Mittagessen, Imbiss und Getränke im Rah-

men der beiden Veranstaltungstage trägt die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Übernachungskosten müssen eigenständig organisiert werden und können leider nicht erstattet.

Wir bitten um Ihre verbindliche Anmeldung bis zum 13. September 2023.

Hinweis des Bautzen-Komitees:
Mittwoch, 13. September 2023, 16.30

Uhr, Gedenkkapelle auf dem Gräberfeld am Karnickelberg in Bautzen Andacht und ökumenischer Gottesdienst für die Opfer der SED-Herrschaft

Michaela Vogelsang
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25, 04109 Leipzig
Tel. 0341/9602160
Fax 0341/9605091
vogelsang.michaela@fes.de



Gedenktafel „Letzte Adresse“



Liebe Angehörige und Freunde der Lagergemeinschaft Workuta / Gulag Sowjetunion, am Freitag, den 18. August 2023 wurde in einem würdevollen Rahmen von MEMORIAL-Deutschland die Gedenktafel „Letzte Adresse“ in Erinnerung an den Arzt und Mikrobiologen Wolfgang Waterstraat an seiner letzten Wohnadresse in der Karl-Marx-Straße 196, Berlin-Neukölln angebracht. Sie ist in Berlin die zweite und bundesweit die siebte Gedenktafel „Letzte Adresse“. Waterstraats Tochter war mit ihrer Familie aus Frankfurt/Main angereist. Frau Göрге-Waterstraat hat uns ihre bewegende Ansprache zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

Die Vergangenheit ist nicht vergessen, sie ist nicht vorbei. In Russland werden die Gedenktafeln mittlerweile wieder vom FSB-Regime und deren Schergen entwendet. Ein Erinnern an die stalinistischen Verbrechen ist nicht erwünscht. Aber wer von uns hätte es für möglich gehalten, dass auch in Deutschland eine Gedenktafel „Letzte Adresse“ gestohlen werden würde. Aber das ist genau geschehen: Die Gedenktafel für Wolfgang Waterstraat ist gestohlen worden!

Mehr dazu auf unserer Homepage unter AKTUELLES mit Eintrag vom 22.08.2023: <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>

Mit freundlichem Gruß
Stefan Krikowski

Nachruf auf Lothar Scholz (1928 bis 2023)

In den letzten Jahren war es krankheitsbedingt still geworden um Lothar Scholz. Das war bei weitem nicht immer so. Er mischte sich auf sehr verschiedene Weise, aber deutlich ein, wenn es darum ging, Kenntnisse über das Wirken sowjetischer Militärtribunale und die Zustände im Gulag zu vermitteln. Viele werden sich auch an seine Zeit als stellvertretender Vorsitzender der UOKG erinnern, wo er sich stets um einen Zusammenhalt der Verbände bemühte.

Als 18-Jähriger geriet Lothar Scholz 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft, wurde aber bereits nach ein paar Monaten in seinen Heimatort Fürstenwalde/Spree entlassen, wo er 1946 vom sowjetischen Geheimdienst festgenommen wurde. Unter Gewaltanwendung verpflichtete er sich zunächst zur Zusammenarbeit, floh aber kurz darauf in die Westzonen. Da sprachen ihn Angehörige eines westlichen Geheimdienstes an und wollten Auskünfte über die Verhältnisse in Fürstenwalde. Dorthin zurückgekehrt, wurde er im Sommer 1947 erneut von den Sowjets verhaftet. Lothar Scholz erhielt an seinem 19. Geburtstag im Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes Eberswalde sein per Fernurteil (OSSO) in Moskau verhängtes Urteil zu 15 Jahren Besserungsarbeitslager. Der Vorwurf lautete: Spionage. Anschließend wurde er mitten im Winter in den hohen Norden der Sowjetunion transportiert und erlebte, wie viele der Mithäftlinge bereits während des Eisenbahntransportes starben. Er kam bis in das Lager Mulda hinter dem Polarkreis in der Nähe von Workuta und musste dort Eisenbahngleise verlegen. Hier war er der einzige Deutsche und gezwungen, sich in dem von Gewalt dominierten Haftsystem durchzuschlagen. Von 1950 bis 1955 hatte er dann im weit südlicher gelegenen Lagerkomplex Potma u. a. als Holzfäller im Wald, an der Nähmaschine für die Herstellung von Uniformen und als Pfleger auf einer TBC-Station zu arbeiten. Im Oktober 1955 konnte er nach Deutschland zurückkehren.

1996 hieß es in dem Gutachten zu seiner Rehabilitierung durch die russische Generalstaatsanwaltschaft: „Scholz wurde beschuldigt, als Geheimagent der SWA-Abteilung der sowjetischen Militäradministration in Fürstenwalde den Auftrag der sowjetischen Aufklärung zur Enttarnung feindlicher Elemente nicht erfüllt zu haben.“

Lothar Scholz,
Jahrestagung
Berlin 2012



Foto: Stefan Krikowski

Seine beiden Bücher über diese Zeit verlegte er selbst: „Der verratene Idealismus. Ein Junge im Banne des Nationalsozialismus“ und „Im Namen von Marx-Engels-Lenin-Stalin. Jugend in sowjetischen Straflagern vom 02. Mai 1947 bis 15. Oktober 1955“. Hass auf die Russen verspürte er nicht, sondern bemühte sich stets um Verständnis. Im Winter 2004 reiste er mit Horst Schüler und Anita Wille, begleitet von einem NDR-Fernsehteam, nach Workuta. Im Sommer des gleichen Jahres durften mein Mann und ich ihn dorthin begleiten. Da es 2003 nicht geklappt hatte, mit einer größeren Delegation der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion der Opfer des am 01. August 1953 blutig niedergeschlagenen Streiks in Workuta zu gedenken, war es ihm wichtig, es ein Jahr später nachzuholen – obwohl er selbst nie als Häftling in Workuta war.

Diese Tage sind mir unvergessen. Während der langen Bahnfahrt erzählte er von seiner Haft, in Workuta übergab er dem Museum seine Wattlejacke und einen Holzkoffer. Gemeinsam nahmen wir an der Gedenkveranstaltung an den Gräbern der Streikopfer teil. Und in der hellen Nacht badeten wir in einem abgelegenen Teich mitten in der Tundra. Lothars Kommentar später in seinem Bericht: „In Ermangelung von Badesachen springen wir nackt in das erfrischende Wasser, spülen

schwarze Gedanken weg.“ Der Bericht endet mit den Worten: „Ich habe die Freundschaft der Menschen spüren dürfen, die dort bleiben, in der Tundra, in der Trostlosigkeit.“

Nicht nur mich ließ er oft an seinen Gedanken teilhaben, schickte Fotos mit mal mehr mal weniger witzigen Kommentaren und Kopien von Presseartikeln. Über viele Jahre hinweg hielt er auch den Kontakt zu Haftkameraden. Die letzte Nachricht von ihm erhielt ich 2021. Dort ließ er mir zwei Fotos zukommen. Das eine zeigt ihn mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke, das andere mit Wladimir Putin (neben ihm) und Gerhard Schröder 2005 anlässlich des Gedenkens an das Kriegsende vor 60 Jahren in Moskau. Er war Mitglied der offiziellen deutschen Delegation und durfte in der Kanzlermaschine mitfliegen. Seine Worte auf der Rückseite des zweiten Fotos sprechen für sich: „Icke mit dem Strolch anno 2005“. Jetzt ist er am 04. August 2023 im Alter von 94 Jahren gestorben. Die Erinnerung an ihn und seinen besonderen Humor bleibt. Sie ist mit großer Dankbarkeit verbunden.

Edda Ahrberg, 1994 bis 2005
Landesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Freiheit ist immer Freiheit...

Das Buch von Ferdinand Kroh erschien Ende 1988. Der Herausgeber und Autor Kroh wählte mit Bedacht den Titel „Freiheit ist immer Freiheit...“ der Andersdenkenden. Das Zitat stammt von der kommunistischen Arbeiterführerin Rosa Luxemburg (*05. März 1871, ermordet von ihren antikommunistischen politischen Gegnern am 15. Januar 1919 in Berlin). Erstaunlich bis heute, dass einige



.....
 Ferdinand (Hrsg.) Kroh (Autor): Freiheit ist immer Freiheit... Die Andersdenkenden in der DDR, Verlag Ullstein 01. Januar 1988, 272 Seiten, ISBN-10: 3548344895, ISBN-13: 978-3548344898

der damals 1988 in West-Berlin lebenden Autoren nur anonym ihre Erfahrungen und Berichte veröffentlicht sehen wollten. Warum? Der Rezensent kennt die Gründe und die Autoren.

Das Buch wurde nie rezensiert, dafür viel zitiert, besonders von jenen Autoren, die sich zeitnah nach der Friedlichen Revolution mit dem Thema DDR und ihrer Aufarbeitung beschäftigten. Die meisten Autoren konnten das von Ferdinand Kroh editierte Buch als eine erste Quelle von unmittelbar beteiligten Zeitzeugen betrachten, die aus dem „Maschinenraum“ der kirchlichen Opposition und politischer Gruppen in den 80er Jahren in der DDR berichteten.

Sozialwissenschaftler schöpften hieraus und erweiterten ihre Thesen zu den „neuen sozialen Bewegungen“ unter Einbeziehung der DDR, denn die Forschung dazu in der alten Bundesrepublik war zunächst auf Erscheinungen in der alten Bundesrepublik abgestellt. Bekannte und neue Historiker und Politikwissenschaftler entwickelten u.a. vor diesem Hintergrund ihre Thesen von und über eine Opposition in der DDR, die es offiziell als Teil der Politik in der DDR nie gab. Politische Opposition war illegal. Die Kontroversen hallen bis heute nach. Viele frühe Erkenntnisse der 90er Jahre zirkeln bis in die Gegenwart in unzähligen Wiederholungen und Varianten die immer gleichen Kreise.

Jena, Halle/Saale und Ost-Berlin wurden so zu „Zentren“ der Opposition er- und verklärt. Havemanns Erben, wie es im ersten Kapitel von Kroh zusammenfassend dargestellt wird, begehrten trotz Krisen in der Friedensbewegung Ost, dem Dilemma der Ausreisebewegung, des Kampfes um Autonomie und dem Aushalten massivster politischer Repressionen auf und destillierten zur Opposition wider Willen, die das autoritäre Regime letztlich mit zu Fall brachte. Es wird deutlich, autoritäre und repressive Politik zwingt einen Teil der Menschen zu Opposition und Widerstand. Wird diese gesellschaftliche Minderheit systemrelevant und die ökonomischen wie politischen Rahmenbedingungen fallen parallel dazu zunehmend als opportunistische Stütze aus, zerfällt das Machtgefüge. Zwar wiederholt sich Geschichte nicht, weil Gegenwart nie Vergangenheit sein kann, historische Prozesse dagegen verlaufen zwischen Vergangenheit und Gegenwart in Analogie zueinander.

Es lohnt sich manchmal, alte und vergessene Veröffentlichungen hervorzuholen und noch einmal zu lesen, um zu verstehen, was zum Ende des scheinbar gefestigten politischen Regimes in der DDR beitrug: Der Wille zur Freiheit des Andersdenkenden...

Henning Pietzsch

Wolf Biermann – Lyriker und Liedermacher in Deutschland

Das Deutsche Historische Museum Berlin widmet „Wolf Biermann – Lyriker und Liedermacher in Deutschland“ eine Ausstellung über sein Leben und künstlerische Arbeit mit der Begründung, dass seine Geschichten „historisch“ sind und somit beitragen, die deutsche Geschichte besser zu verstehen.

Im 225 Seiten umfassenden Begleitband ist in 12 Essays und mit zahlreichen Fotos gut herausgearbeitet, wie Biermann jahrzehntelang intensiv beobachtet und überwacht wird.

Schon zum 17-jährigen Internatsschüler nimmt die Stasi 1953 Kontakt auf. Wenige Jahre später bekommt er richtig Angst, dass er abgeholt wird – wie er in sein Tagebuch schreibt.

1965 legt das MfS den Operativen Vorgang „Lyriker“ (56 Bände!) an, denn es will „staatsgefährdende Hetze und Propaganda“, „Hochverrat“, „staatsfeindliche Gruppenbildung“ sowie „Verbreitung von Schund- und Schmutzerzeugnissen“ nachweisen, was zunächst einmal zu einem Auftrittsverbot führt.

Biermann macht sich in seinem berühmten Lied „Die Stasi-Ballade“ (1966) über die „Rundumversorgung“ lustig, denn die Genossen lauschen und protokollieren auch, wenn er Sex hat, und notieren

„Anschließend war Ruhe im Objekt.“ Das MfS observiert ihn lückenlos, 24 Stunden lang, ebenso sein gesamtes Umfeld vom Handwerker bis zu den vielen Freunden, die ihn in seiner berühmten Wohnung der Berliner Chausseestraße besuchen. Er lässt sich aber nicht einschüchtern, sodass die Stasi plant, ihn auszubürgern, durchgeführt 1976. Die Beobachtung geht aber im Westen noch bis 1989 weiter.

Gleichermaßen Ost- und Westdeutschen, die unter der DDR-Diktatur nicht selbst leiden mussten, zum Lesen empfohlen! Das Buch ist eine hervorragende, übersichtliche Darstellung der politischen und kulturpolitischen Ereignisse.

Berthold Schäffner

.....
 Dorlis Blume, Monika Boll, Raphael Gross (Hg.) Wolf Biermann: Ein Lyriker und Liedermacher in Deutschland. Ch. Links Verlag 2023, 224 Seiten, ISBN 978-3962891954

Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Das vorliegende Buch liefert einen knappen und aktuellen Blick auf mehr als 160 Jahre wechselhafter Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland – von den Anfängen der Arbeiterbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts bis in unsere Gegenwart. Der Band stellt die Entwicklungsgeschichte und das Selbstverständnis der Sozialdemokratie auf wissenschaftlicher Grundlage kurzweilig, informativ und kenntnisreich dar.

Der Historiker Peter Brandt und der Politikwissenschaftler Detlef Lehnert erzählen die langen Linien der Parteigeschichte für ein breiteres Publikum, erläutern die unterschiedlichen Perioden und deren Rahmenbedingungen. Mit kritischer Sympathie tragen sie dabei auch den innerparteilichen Strömungen und Führungspersonen Rechnung und liefern ein umfassendes Bild der ältesten demokratischen Partei Deutschlands.

Peter Brandt, geb. 1948, Prof. i.R., Dr. phil. habil., Historiker und Publizist.

1989–2014 Leiter des Lehrgebiets Neuere deutsche und europäische Geschichte an der FU in Hagen. 2003–2017 Direktor des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften ebd.

Detlef Lehnert, geb. 1955, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Vorstandsvorsitzender der Paul-Löbe-Stiftung Weimarer Demokratie.

„‘Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie’, geschrieben von dem Historiker Peter Brandt und dem Politologen Detlef Lehnert, ist das politische Buch dieses Sommers in Deutschland.“ Frankfurter Rundschau am 07.08.2023.


.....
Peter Brandt / Detlef Lehnert: Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 244 Seiten, Broschur, ISBN 978-3-8012-0646-8

Zeitzeugen für MDR-Podcast-Projekt gesucht

Wir sind ein Team aus jungen MDR-Journalisten. Wir arbeiten für die kommenden Monate an einen Podcast zu den geschlossenen venerologischen Stationen in der DDR. Unser Anliegen ist es, mit dem Podcast einen Beitrag zur Aufarbeitung zu leisten und über das Thema aufzuklären. Der Podcast wird mehrere Folgen haben, sodass wir Zeit haben, uns den Geschichten umfassend zu widmen. Die intensive Recherche starten wir im August 2023.

Gesucht werden Frauen mit Erfahrungen auf geschlossenen venerologischen Stationen der DDR (sog. "Tripperburgen") für ein MDR-Podcast-Projekt. Wir suchen Frauen, die selbst in den geschlossenen venerologischen Stationen der DDR, den sogenannten Tripperburgen inhaftiert waren und bereit sind, mit uns darüber zu sprechen.

Sie können sich bei uns erstmal ganz unverbindlich zu einem Kennlerngespräch melden. Das Gespräch ist keine feste Zusage, sondern erstmal ein Kennenlernen. Ihnen steht es immer frei, sich dafür oder dagegen zu entscheiden.

Schreiben Sie uns unter next-recherche@mdr.de oder melden Sie sich telefonisch. Pia Uffelman 015732600769 

Aufruf: Gerd Bierwirth sucht ehemaligen Westberliner Fluchthelfer Peter Wilke

Der Fluchtversuch des damals 27-jährigen Gerd Bierwirth scheiterte: Herr Bierwirth wurde von den ostdeutschen Beamten am Grenzübergang Drewitz-Dreilinden entdeckt und verbüßte eine ca. 16-monatige andauernde Haftstrafe unter anderem im Zuchthaus Cottbus. Unter den an der Planung der Flucht Beteiligten fiel öfter der Name des bekannten Fluchthelfers "Bley", erinnert sich Herr Bierwirth. Die auf die Flucht vorbereitenden Treffen fanden in einem Hotel Unter den Linden in Berlin statt.

Am 27. Mai 1969 um ca. 22:30 Uhr traf Herr Bierwirth auf einen Autobahnrastplatz, ca. 10 km vor dem Grenzübergang, planmäßig das erste Mal auf seinen Fluchthelfer Peter Wilke. Da er Herrn Wilke aufgrund der Dunkelheit nur schemenhaft wahrnahm, schätzt Herr Bierwirth das damalige Alter anhand der Stimmlage des Fluchthelfers auf Anfang-Mitte Zwanzig ein. Herr Bierwirth stieg aus seinem Moskwitsch und versteckte sich in einem Stauraum oberhalb des Fahrgestells im VW-Kombi des Herrn Wilke, der das Fluchtauto anschließend allein zum

besagten Grenzübergang fuhr. „Fahren Sie mal auf die Rampe“, hörte Herr Bierwirth jemanden an der Grenze sagen. In einer Autoschlange vor der Rampe wartend nutzte der Fluchthelfer die Möglichkeit, Gerd Bierwirth mit den Worten „Versuch' abzuhaufen!“ aus dem Versteck zu holen. Der Fluchtversuch flog auf als Herr Bierwirth schließlich von den Grenzern gefasst wurde. Sein Fluchthelfer, Peter Wilke, wurde ebenfalls festgenommen. Er sah ihn nie wieder.

Herr Bierwirth freut sich über Hinweise oder gar über einen persönlichen Kontakt zu Peter Wilke, die Sie an seine E-Mail-Adresse richten können: martiniffm@t-online.de

Jeanine Leistikow
 Geschäftsstelle der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Tel: +49-30-227-37892, -37894 (Vz)
 Fax: +49-30-227-23-37892
jeanine.leistikow@bundestag.de
www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54, E-Mail: kurtz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.
 Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
 Mo, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben: Conrad Rös- sel, Michael Striss, Ernst und Liselot- te Demele, Erik Hofmann, Dr. Werner Friedrich Gruhn, Cornelia Schneider, Wolfgang Lehmann, Ursula Friesicke- Ismael, Jürgen Lehmann, Peter Menzel, Rocco Schettler, Jürgen Lorenz, Angelika Mädicke, Alfred Müller, Hanni Marie Lu- ise Schmidt, Frank Wiebeck, Helga Eva Irmsch, Alexander Grow, Wolfram Gert Wagner, Uwe Behne, Holger Hofmann, Peter Hilarius

Das Zitat

„Die Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“

Die Sozialisten in der DDR arbeiten mit diesem Zitat propagandistisch und hängten großformatige Transparente in Städten und Gemeinden auf. Wenn eine „Lehre“ allmächtig ist, wird sie zur Allmacht, ein totalitärer Anspruch auf „die Wahrheit“. **Ersetze „Karl Marx“ beliebig durch ein anderes Subjekt oder Substantiv!** Quelle: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren läßt.“ Lenin, Werke, Band 19, Seite 3-9; Dietz Verlag Berlin, 1977; W.I. Lenins Artikel „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ wurde zuerst in der Nr.3 der Zeitschrift „Prosweschtschenije“, Jahrgang 1913, veröffentlicht, die dem 30. Todestag von Karl Marx gewidmet war.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 7/23: 25. August 2023
Redaktionsschluss Ausgabe 8/23: 13. Oktober 2023

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

